



WEGWEISER BREITE BÜRGERBETEILIGUNG

Argumente, Methoden, Praxisbeispiele





INHALT

1. Vorwort	3
2. Beteiligt Euch! Acht Gründe, warum Politik Beteiligung braucht	4
3. Vier empirische Ergebnisse, was Beteiligung leisten kann	6
4. Beteiligt Euch! Acht Gründe, warum Verwaltung Beteiligung braucht	8
5. Zehn Goldene Regeln für erfolgreiche Beteiligung	10
6. Vorsicht, Unfallgefahr! Wie Sie Beteiligung gegen die Wand fahren	11
7. Barrieren für breite Beteiligung	12
8. Lösungsansätze zur Überwindung von Barrieren für breite Beteiligung	14
9. Geeignete Methoden und Formate für breite Beteiligung	16
9.1 Beteiligung der gesamten Bürgerschaft	16
9.2 Beteiligung räumlich und thematisch betroffener Bürger	19
9.3 Bürger als Angehörige spezifischer Gruppen	22
10. Medien als Unterstützer für breite Beteiligung	23
11. Finanzielle Anreize für breite Beteiligung	26
12. Beispiele aus der Praxis: Erfolge und Schwierigkeiten bei breiter Beteiligung	29
Literatur und Links	56
Die Mitglieder der „Allianz Vielfältige Demokratie“	58

1. | VORWORT

Politische Beteiligung hat sich gewandelt. Sie ist vielfältiger geworden. Neue partizipative Formate eröffnen Bürgern Möglichkeiten, mitzuwirken und mitzuentcheiden. Bürgerbeteiligung ergänzt zunehmend die traditionellen und repräsentativen Verfahren wie etwa das Engagement in politischen Parteien oder die Teilnahme an Wahlen. Viele Stadtentwicklungs- oder Infrastrukturprojekte versuchen inzwischen, eine möglichst breite, inklusive Beteiligung der Bürger zu gewährleisten. Zumeist haben diese Verfahren beratende Funktion, daher werden sie auch „deliberativ“ genannt.

In klassischen, eher formalen Beteiligungsverfahren wie Anhörungen oder Bürgerversammlungen hat man jedoch festgestellt, dass sich dort vor allem jene Gruppen zu Wort melden, die ohnehin politisch interessiert und engagiert sind, ergänzt höchstens um Gegner des jeweiligen Bau- oder Straßenprojekts. Bei einem derart exklusiven Teilnehmerfeld bleibt Bürgerbeteiligung unter ihren Möglichkeiten. Um im Vorfeld einer politischen Entscheidung alle Interessen zu berücksichtigen, das Gemeinwohl effektiv zu fördern, hohe Akzeptanz herzustellen, das Vertrauen in demokratische Institutionen zu stärken und letztlich die Zufriedenheit der Bürger mit der Demokratie

zu erhöhen, braucht es breite Beteiligung. Zudem sind dialogorientierte Verfahren erforderlich, die frühzeitig auf die Mitwirkung aller betroffenen Gruppen und Interessen setzen.

Die Initiatoren und Organisatoren von Bürgerbeteiligungen kommen in der Regel aus Politik und Verwaltung. Sie tragen die Verantwortung, die Kosten und den zeitlichen Mehraufwand, können zugleich aber auch enorm profitieren. Wie breite Beteiligung gelingt, welche Barrieren zu überwinden sind und was Politik und Verwaltung dadurch gewinnen, zeigt dieser Wegweiser.

WAS BEDEUTET BREITE BETEILIGUNG?

Breite Beteiligung misst sich nicht an der reinen Anzahl derer, die mitmachen. Vielmehr ist eine Beteiligung dann breit, wenn alle Interessen, Meinungen und Ideen, die es in einer politischen Gemeinschaft gibt, möglichst gut abgebildet sind. Vielfalt statt Vielzahl lautet die Devise. Breite Beteiligung folgt somit dem Grundsatz der Inklusivität: Die ohnehin Aktiven und Integrierten, die formal Gebildeten und mittleren Altersgruppen sollen nicht überrepräsentiert sein. Sondern es sollen alle Gruppen angemessen vertreten sein, die die Entscheidung etwas angeht – auch jene, die ihre Stimme sonst eher selten erheben oder schwer erheben können. Breite Beteiligung öffnet sich demnach nicht nur uneingeschränkt für alle Bürger, sie fördert sogar aktiv die Teilnahme beteiligungsferner Gruppen.

1 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir in diesem Dokument nicht durchgehend die männliche und weibliche Form. Selbstverständlich sind immer beide Geschlechter gemeint.

2. | **BETEILIGT EUCH!**

Acht Gründe, warum **Politik** Beteiligung braucht

1. **Mehr Dialog wagen – und die repräsentative Demokratie stärken**

Breite Beteiligung stärkt die repräsentative Demokratie. Und sie stärkt die gewählten Repräsentanten in den Parlamenten. Denn Politik beweist mit inklusiven Beteiligungsverfahren ein offenes Ohr für Anregungen und Einwände aller Bürger. Sie vermittelt dadurch Dialogfähigkeit und Wertschätzung. Die Entscheidungen treffen zwar weiterhin die gewählten repräsentativen Gremien. Die Grundlage für diese Entscheidungen verbreitert sich allerdings erheblich, indem zuvor das Wissen aller Bürger eingeholt wurde. Das steigert deren Zufriedenheit mit der Demokratie: mit ihren Funktionsweisen, Prozessen und Institutionen.

2. **Mit den Menschen planen – und politische Entscheidungen verbessern**

Bürgerwissen ist eine wertvolle Ressource und birgt ein wertvolles Potenzial: das Wissen der Vielen. Menschen eines Stadtteils kennen ihr Quartier oftmals länger und aus anderer Perspektive als kommunale Planer und externe Fachexperten. Ideen, Blickwinkel und Präferenzen der Bürger sind deshalb wichtige Entscheidungshilfen für die Stadtentwicklung. Lässt Politik sie in ihren Entscheidungsprozess einfließen, verringert sich das Risiko von Verzögerungen, Planungsfehlern und Protesten. Mit den Menschen statt lediglich für die Menschen zu planen: Das mag anfangs aufwändiger sein, ist aber im Ergebnis oft besser.

3. **Sich den Bürgern öffnen – und die eigene Rolle als Volksvertreter stärken**

Breite Beteiligung verschafft Bürgern einen realistischeren Blick auf die politische Arbeit und auf demokratische Prozesse. Der Dialog auf Augenhöhe mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen bedeutet echte Bürgernähe und fördert das Verständnis der Menschen für das Handeln von Politikerinnen und Politikern. Bürger erfahren, dass politische Entscheidungen zwar am besten durch Konsens, oft aber nur durch Kompromisse möglich werden. Das hilft, auch Entscheidungen zu akzeptieren, die den eigenen Vorstellungen nicht entsprechen. Breite Beteiligung erhöht somit das Vertrauen in Politiker und stärkt deren Wahrnehmung als Volksvertreter. Und kann den Rückgang von Wahlbeteiligung und Mitarbeit in Parteien ausgleichen.

4. **Qualität von Lokalpolitik beweisen – und für das politische System werben**

Breite Beteiligung muss man zulassen können. Sich als Politiker mit verschiedenen Menschen auseinanderzusetzen und unterschiedliche Bürgermeinungen anzuerkennen, ist eine Herausforderung. Politische Entscheidungen und Pläne offen zu diskutieren, erfordert Mut, aber auch Verlässlichkeit. Ernst gemeinte, erfolgreiche Beteiligung ist deshalb immer auch Ausdruck eines leistungsfähigen politischen Systems. Sie gelingt nur innerhalb funktionierender demokratischer Strukturen und ist ein Qualitätskriterium für lokale Politik.

5. Alle zum Mitmachen motivieren – und soziale Selektivität verhindern

Breite Beteiligung ist für die Politik eine Gelegenheit, diejenigen zu aktivieren, die sich von Stadtpolitik bislang nicht angesprochen fühlten. Durch Zufallsauswahl und besondere Ansprache erfassen Beteiligungsverfahren einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung. Breite Beteiligung zielt auf große Vielfalt. Sie erreicht alle sozialen Gruppen und Schichten und liefert der Politik damit ein vielfältiges Meinungsbild. Denn wenn sich im Beteiligungsverfahren nur diejenigen engagieren, die sich ohnehin für das Gemeinwesen einsetzen, ergänzt um Projektgegner, die sich gegen das konkrete Vorhaben zur Wehr setzen, ist die Chance einer echten Beteiligung vertan.

6. Mut statt Wut entfachen – und die politische Kultur des Dialogs prägen

Für den einzelnen Bürger ist Beteiligung auch eine Form der politischen Bildung. Wer mitwirkt, lernt demokratische Spielregeln zu akzeptieren. Beteiligung fördert die Mitsprache- und Diskussionskompetenz und politische Urteilsfähigkeit der Menschen. Bürgerinnen und Bürger, die mitreden dürfen und sich gut informiert fühlen, entwickeln eher das Bedürfnis, sich konstruktiv einzubringen. Sie erleben, dass sie gehört werden und auf politische Entscheidungen Einfluss haben. Das kann ihnen Mut machen, in einen aktiven Dialog auch mit Vertretern anderer Meinungen einzutreten.

7. Beteiligung als Seismograph nutzen – und Unzufriedenheit frühzeitig erkennen

Breite Beteiligung will auch jene Bürger aktivieren, denen es an Beteiligungserfahrung fehlt, die ihr Vertrauen in Politik und demokratische Strukturen verloren haben oder die sich aus Bequemlichkeit nicht beteiligen. Ebenso Menschen, die sich nicht gut ausdrücken können, oder sich nicht trauen, vor anderen zu sprechen. Ohne Beteiligungsverfahren hört Politik zwar die Stimmen der Projektgegner und der organisierten Interessen. Sie hört aber nicht unbedingt die Sorgen der stillen Gruppen, die manchmal sogar eine schweigende Mehrheit sind. Für Politik ist es wichtig, diese Sorgen zu kennen. Wachsende Unzufriedenheit mündet schnell in Protestentscheidungen bei der nächsten Wahl.

8. Sozialen Zusammenhalt stärken – und Identifikation mit Stadt und Heimat fördern

Breite Beteiligung führt die Menschen zusammen. An einem Tisch suchen sie gemeinsam nach der besten Route für die neue Ortsumgehung oder diskutieren Gestaltungsideen für den neuen Stadtteil. Sie entwickeln die Umgebung, in der sie leben. Diese Arbeit fördert nicht nur das Verständnis füreinander, sie schafft auch Identifikation mit der eigenen Gemeinde oder Stadt. Kommunen, die dieses Verständnis von Beteiligung entwickeln, sind starke und moderne Kommunen. Sie fördern den sozialen Zusammenhalt und sind attraktiv für neue Bürger.

3. | VIER EMPIRISCHE ERGEBNISSE, WAS BETEILIGUNG LEISTEN KANN

ABBILDUNG 1 **Beteiligung verbessert Politikergebnisse**

Dialogorientierte Beteiligung verbessert die Ergebnisse politischer Entscheidungsprozesse stärker als andere Beteiligungsformen – dieser Meinung sind viele Bürger und Entscheider, wie eine Umfrage der Bertelsmann Stiftung 2014 ergeben hat.

Angaben in Prozent

Frage 1: „Wenn Bürger bei der Suche nach Lösungen für politische Probleme Gehör finden und mitdiskutieren können, führt dies zu besseren Ergebnissen.“ (Bürgerdialog)

Frage 2: „Die direkte Mitwirkung der Bürger durch kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide führt zu besseren politischen Lösungen.“ (Bürgerentscheide)

Frage 3: „Die besten politischen Ergebnisse werden erzielt, wenn die gewählten Vertreter im Gemeinderat frei entscheiden können.“ (Ratsentscheidungen)

Frage 4: „Die besten politischen Ergebnisse werden erzielt, wenn die Fachleute in der Verwaltung die Probleme lösen.“ (Fachentscheidungen)

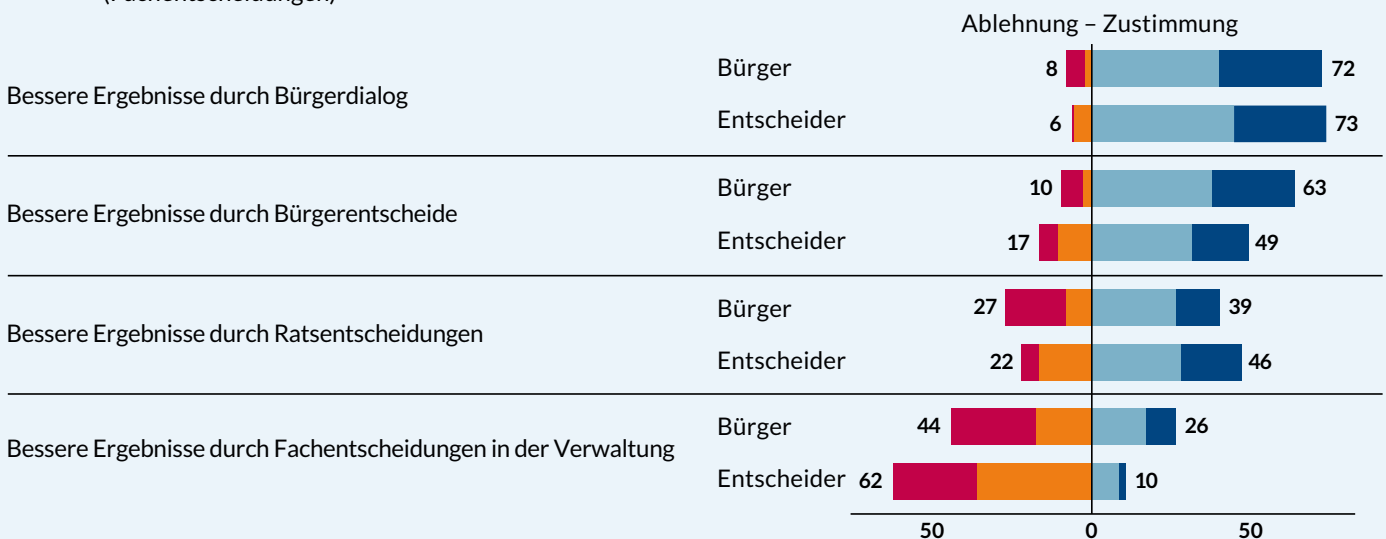


ABBILDUNG 2 **Bürgerbeteiligung erhöht die Akzeptanz von Politikentscheidungen**

Bürgerbeteiligung mag für Politik auf den ersten Blick unbequem erscheinen. Mittel- und langfristig allerdings macht Beteiligung das Regieren leichter. Denn die Akzeptanz in der Bürgerschaft für politische Beschlüsse steigt, wenn sie im Vorfeld mitdiskutieren konnte.

Angaben in Prozent

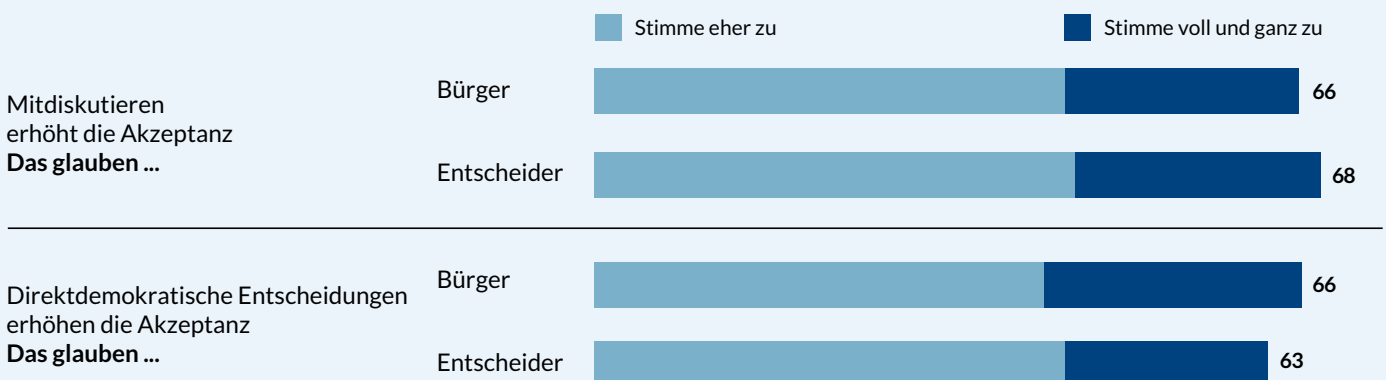
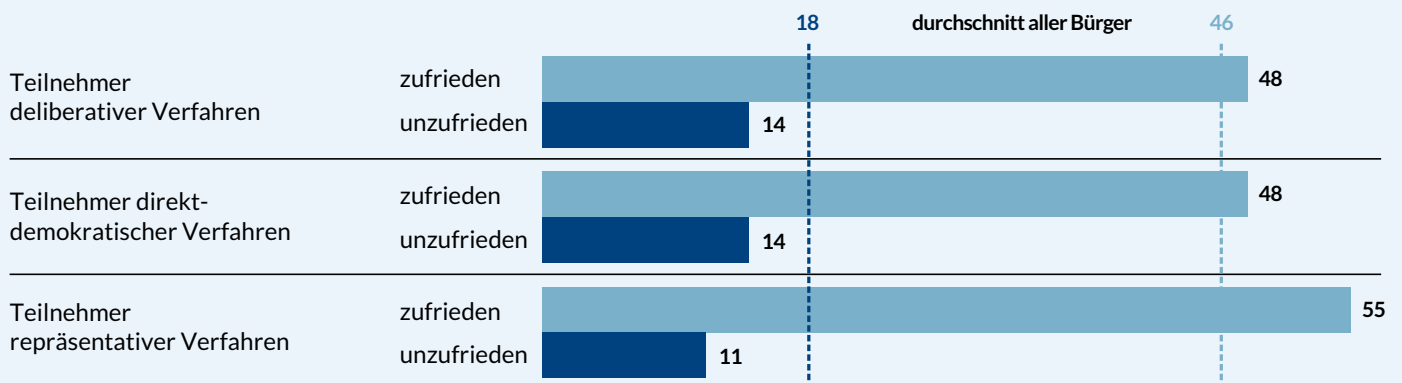


ABBILDUNG 3 Gut gemachte Bürgerbeteiligung stärkt die Demokratie und das Vertrauen in die repräsentativen Institutionen

Bürgerbeteiligung verändert Bewusstsein – auch über das konkrete Projekt hinaus. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung hat gezeigt, dass Teilnehmer von Beteiligungen ein positiveres Bild unserer Demokratie haben.

Angaben in Prozent



Basis: N = 2.700 Bürger ab 18 Jahren aus 27 Kommunen in Deutschland, sowie N = 680 (587 Ratsmitglieder, 66 Dezernenten, 27 Bürgermeister aus 27 Kommunen in Deutschland), Skala von 1 (stimme voll und ganz zu) bis 5 (stimme überhaupt nicht zu), Zustimmung = addierte Werte aus „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“, Ablehnung = addierte Werte aus „stimme eher nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“; Mittelkategorie bleibt unberücksichtigt.

Quelle: Bertelsmann Stiftung (2014).

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 4 Beispiele für die Kosten von Beteiligung

Bürgerbeteiligung gibt es nicht umsonst, aber im Vergleich zu den Gesamtkosten eines Infrastrukturprojekts ist sie günstig. Wird Beteiligung gut gemacht, rechtfertigt der Ertrag schon bald die Kosten.

1. PROJEKT Lippepark Hamm

Projektkosten gesamt
ca. 16 Mio. Euro

Ausgaben für Bürgerbeteiligung
ca. 70.000 Euro

Prozentualer Anteil der Beteiligungskosten
an den Gesamtkosten somit
0,44 Prozent

2. PROJEKT Hallohpark Bockum-Hövel

Projektkosten gesamt
ca. 9,64 Mio. Euro

Ausgaben für Bürgerbeteiligung
ca. 20.000 Euro

Prozentualer Anteil der Beteiligungskosten
an den Gesamtkosten somit
0,21 Prozent

Quelle: Eigene Darstellung.

Allianz Vielfältige Demokratie

4. | **BETEILIGT EUCH!**

Acht Gründe, warum **Verwaltung** Beteiligung braucht

1. **Bürger als Partner verstehen – und gegenseitiges Verständnis erhöhen**

Eine Verwaltung, die sich auf Ideen, Kritik und Belange der Menschen einlässt, kann deren Wissen und Engagement gewinnbringend nutzen. Überhört sie jedoch die Menschen, statt sie anzuhören, können Widerstände die kommunalen Vorhaben verzögern. Entscheidend ist der faire und gleichberechtigte Dialog auf Augenhöhe. Er trägt grundlegend zum Verständnis zwischen Verwaltung und Bürgern bei. Viele Bürger bringen in die Gespräche persönliche Anliegen mit. Die allerwenigsten sind jedoch störende Gegenspieler, die kommunale Entscheidungsprozesse aus reiner Lust an der Opposition blockieren.

2. **Transparenz schaffen – und auf mehr Akzeptanz stoßen**

Bürger, die sich in kommunalen Projekten ausreichend wahrgenommen und vertreten fühlen, sind zufriedener mit der Verwaltung – mit ihrer Arbeit und mit den Mitarbeitern. Wo sachgerecht und für alle leicht verständlich informiert und diskutiert wird, entwickelt sich Vertrauen. Wo gegensätzliche Meinungen gehört, respektiert und ernst genommen werden, entsteht Wertschätzung. Wird Transparenz geschaffen, wissen Menschen um die Möglichkeiten und Grenzen von Verwaltung. Damit wächst ihr Verständnis für kommunale Entscheidungen, auch wenn sie nicht den eigenen Vorstellungen entsprechen.

3. **Bürger als lokale Experten begreifen – und zu besseren Ergebnissen kommen**

Breite Beteiligung liefert wertvolle Anregungen und Ideen. Bewohner eines Quartiers sind aufgrund ihrer Nähe zum Planungsgegenstand und ihres Erfahrungswissens lokale Experten. Breites Bürgerwissen verbessert behördliche Entscheidungsgrundlagen und -ergebnisse. Je vielfältiger die Gruppe der Beteiligten, desto vielfältiger auch die Perspektiven und Lösungsvorschläge. Das bereichert nicht nur die Verwaltungsarbeit, es erleichtert sie. Breite Beteiligung bedeutet nicht, dass die Verwaltung jede Idee und Anregung der Bürger aufgreifen muss. Ob etwas berücksichtigt wird, hängt vielmehr davon ab, welchen Nutzen Kommune und Bürger daraus haben.

4. **Eigene Effizienz steigern – und Fehlplanungen vermeiden**

Breite Bürgerbeteiligung verringert die Gefahr von Fehlplanungen und steigert die Effizienz von Verwaltungshandeln. Mit Bürgern am Planungstisch orientieren sich kommunale Projekte an der Lebenswirklichkeit der Menschen. Verwaltung muss nicht erst darüber spekulieren, was Bürger wohl denken, wünschen oder fürchten. Stattdessen sind deren Argumente, Blickwinkel und Präferenzen frühzeitig bekannt. Das hilft, Planungsfehler, Verzögerungen und Proteste zu verhindern.

5. In breite Beteiligung investieren – und dadurch an anderer Stelle sparen

Kostet oder spart breite Beteiligung Geld und Zeit? Das lässt sich nicht pauschal beantworten. Zunächst einmal sind Investitionen nötig, damit breite und inklusive Beteiligung gelingen kann. Wenn sie letztlich Fehlplanungen, Proteste, Nachplanungen und Verzögerungen vermeiden hilft, sind oftmals mehr Ressourcen geschont als verbraucht worden. Zumal sich Beteiligung als Investition in die lokale Demokratie für das Gemeinwesen zusätzlich auszahlt.

6. Konflikte sichtbar machen – und im Dialog lösen

Konflikte entstehen nicht durch Bürgerbeteiligung – sie sind in der Regel bereits vorhanden und werden durch Bürgerbeteiligung sichtbar. Widerstand und Protest entstehen oder verschärfen sich oftmals gerade dann, wenn Bürger nicht oder zu spät beteiligt werden. Breite Beteiligung versucht, mögliche oder bereits vorhandene Konflikte möglichst frühzeitig zu erkennen und zu lösen. Das gelingt nicht in jedem Fall und selten vollständig. Es gilt allerdings: Je früher die Menschen informiert werden und mitreden können, desto konstruktiver und kompromissbereiter beteiligen sie sich. Gegensätzliche Positionen können vor Ort im Dialog beraten werden und münden weniger häufig in gerichtliche Auseinandersetzungen.

7. Dienstleistungen passgenau machen – und Professionalität beweisen

Für die Stadtentwicklung erbringt die Verwaltung wichtige Dienstleistungen. Breite Beteiligung stellt nicht nur sicher, dass diese Dienstleistungen sich eng an den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen orientieren. Breite Beteiligung selbst ist ebenfalls eine Dienstleistung am Bürger, der beteiligt werden möchte. Eine kluge, offene und professionelle Organisation des Beteiligungsverfahrens ist allein bereits ein Gewinn, sowohl für die Bürger als auch für das Image einer modernen und zukunftsfähigen Verwaltung.

8. Zivilgesellschaft beleben – und Engagement für Stadtentwicklung fördern

Ebenso wie die Politik profitiert auch die Verwaltung von der Entwicklung ihrer Stadt zu einer echten Bürgerkommune. Mit einer lebendigen Zivilgesellschaft zu arbeiten macht mehr Spaß als für eine eher konsumierende Bürgerschaft. Breite Beteiligung als gelebte Praxis fördert Gemeinsinn und Solidarität. Das kann eine Kultur des Miteinanders schaffen, die auch bei anderen Vorhaben außerhalb des konkreten Beteiligungsprojekts von Vorteil ist. Ein Gemeinwesen entwickelt mehr Kraft, wenn Bürger, Politik und Verwaltung gemeinsam daran arbeiten, ihre Stadt möglichst attraktiv, stark und lebendig zu machen.

5. | ZEHN GOLDENE REGELN FÜR ERFOLGREICHE BETEILIGUNG

Auf dem Weg von der ersten Idee bis zur Evaluation gibt es für die Initiatoren von Beteiligungsverfahren viel zu bedenken. Oftmals steckt der Teufel im Detail – das bestätigen alle, die in ihrer Kommune schon einmal breite Beteiligungsprozesse organisiert haben. Da mag es helfen, sich hin und wieder auf das Wesentliche zu fokussieren, um die großen Linien im Blick zu behalten. Die folgenden zehn Goldenen Regeln sollen als Anhaltspunkt dafür dienen.

1. Seien Sie bereit zum Dialog, unabhängig von der inhaltlichen Position anderer Mitwirkender!
2. Analysieren Sie das Umfeld und planen Sie sorgfältig das Beteiligungsverfahren samt Zeitplan!
3. Setzen Sie klare Ziele und benennen Sie Entscheidungs- und Handlungsspielräume!
4. Beginnen Sie frühzeitig – aber klären Sie vorher die Punkte 1 bis 3!
5. Planen Sie genügend Geld und Zeit ein!
6. Achten Sie auf Vielfalt, folgen Sie dem Grundsatz der Inklusivität!
7. Einigen Sie sich auf gemeinsame Spielregeln!
8. Lassen Sie sich helfen: bei der Moderation, der Wahl der Methode und der konkreten Umsetzung!
9. Halten Sie immer alle Beteiligten top informiert, dokumentieren Sie die einzelnen Schritte!
10. Stellen Sie sich der Manöverkritik – eine Evaluation gehört dazu!

Weitere Infos zum Thema finden Sie in der Broschüre „Qualität von Bürgerbeteiligung“ der „Allianz Vielfältige Demokratie“ (Bertelsmann Stiftung 2017b).

6. | VORSICHT, UNFALLGEFAHR!

Wie Sie Beteiligung „gegen die Wand fahren“

Die Erfolgchancen breiter Beteiligung stehen und fallen mit dem Motiv der Initiatoren. Bürger haben ein sehr gutes Gespür, ob sie und ihre Anliegen ernst genommen werden, ihre Beteiligung als Bereicherung verstanden wird und sie tatsächlich Ergebnisse beeinflussen können. Für Politik und Verwaltung heißt das: Die Frage der inneren Haltung hat besonderes Gewicht.



Sie haben einen Plan, für den Sie höhere Akzeptanz wollen.



Sie betrachten Beteiligung als Alibi: Seht her, liebe Kritiker, Ihr habt doch mitreden können!



Sie versuchen Beteiligung so zu steuern, dass Ihr Weg als der beste erscheint.



Sie beteiligen erst, wenn das Wichtigste schon entschieden ist.



Sie finden Beteiligung gut, aber sie darf natürlich nichts kosten.



Sie verwechseln Beteiligen mit Informieren.



Sie halten sich persönlich aus dem ganzen Beteiligungsstress raus.

7. | BARRIEREN FÜR BREITE BETEILIGUNG

Unterschiedliche Milieus brauchen unterschiedliche Ansprache

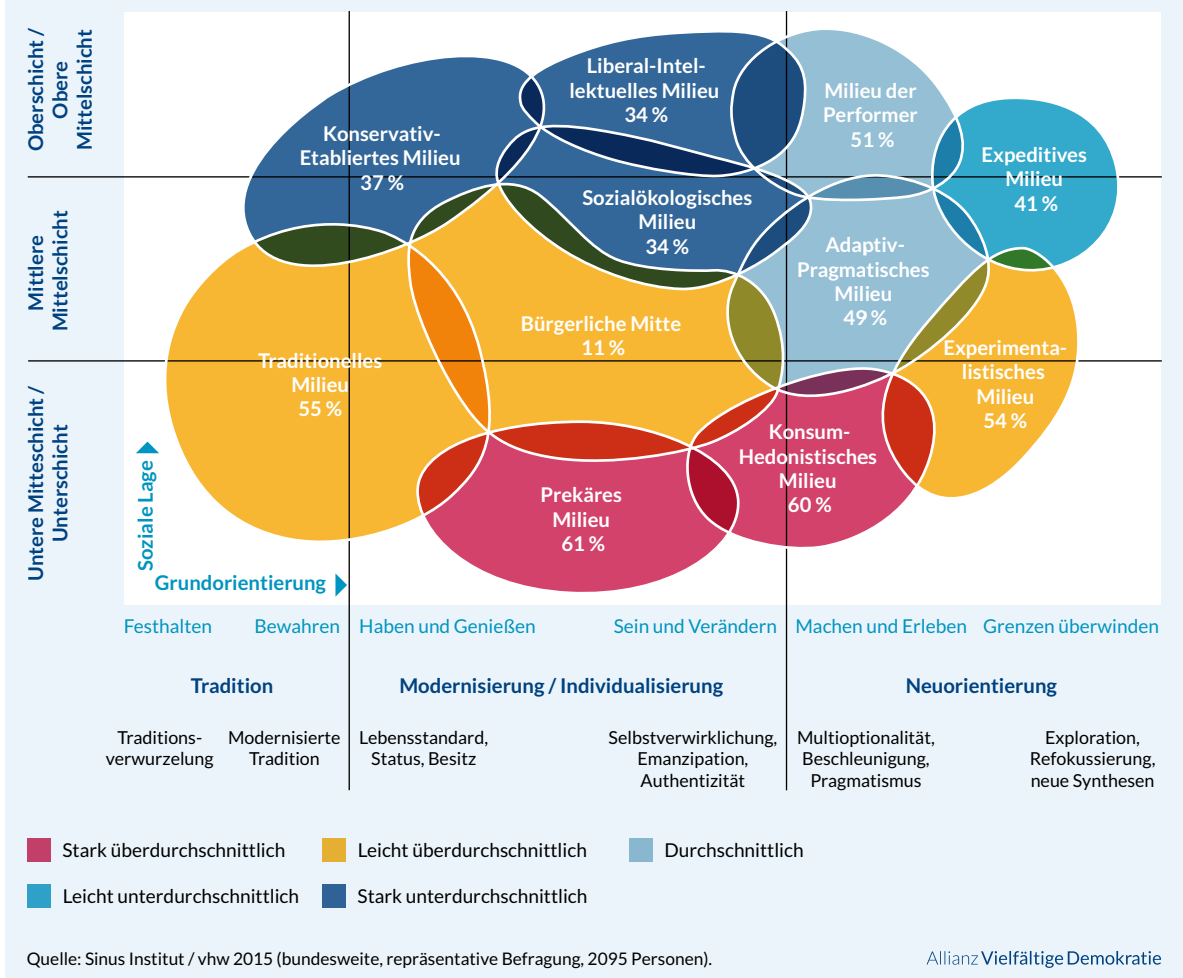
Soll die Beteiligung breit und inklusiv sein, müssen auch milieuspezifische Barrieren angegangen werden. Nach jetzigem Forschungsstand kann man davon ausgehen, dass Merkmale wie niedrige formale Bildungsabschlüsse, geringes Einkommen, kulturelle Prägungen und besondere Teilhabebedürfnisse durch physische oder psychische Beeinträchtigungen die Teilhabewahrscheinlichkeit mindern. Eine wesentliche Barriere für die fehlende Bereitschaft zur Beteiligung ist das Gefühl, von Politik und Verwaltung weder wahr- noch ernst genommen zu werden.

Einer bundesweiten, repräsentativen Umfrage zufolge denkt nahezu jeder zweite Bürger (49 Prozent), dass sich Politik und Verwaltung nicht ernsthaft für seine Anliegen interessieren. In den unteren Schichten liegt der Anteil mit 61 und 60 Prozent jedoch deutlich über dem Durchschnitt. Das heißt, Organisatoren von Beteiligungsprozessen müssen besondere Anstrengungen unternehmen, damit diese Gruppen im Prozess angemessen repräsentiert sind. Das folgende Schaubild zeigt die unterschiedliche Offenheit der verschiedenen Milieus:

ABBILDUNG 5 **Offenheit unterschiedlicher Milieus für Bürgerbeteiligung**

Für meine Themen und Anliegen interessiert sich ja doch niemand ernsthaft.

Antwort: **Stimme voll und ganz zu / stimme eher zu** (Durchschnitt 49 Prozent)



Welche Barrieren stehen breiter Beteiligung im Weg?

Auf der abstrakten Ebene mögen die Argumente für eine breite Bürgerbeteiligung überzeugen, doch in der Praxis tun sich Barrieren auf, die einen erfolgreichen Projektverlauf verhindern können. Diese Barrieren gilt es zu kennen, abzubauen oder gar nicht erst entstehen zu lassen. Die folgende Tabelle unterteilt die möglichen Hürden in drei Kategorien:

1. Persönliche Gründe, die Bürger oftmals grundsätzlich zögern lassen, sich zu beteiligen.
2. Gründe, weshalb Bürger sich bei dem konkreten Projekt nicht oder nicht mehr engagieren wollen.

3. Gründe, die potenzielle Initiatoren und Organisatoren entweder davon abhalten, eine breite Beteiligung anzustreben oder die nach Projektstart dafür verantwortlich sein können, dass Bürger sich nicht oder nicht mehr beteiligen.

Alle unten aufgelisteten Barrieren sollten Organisatoren von Beteiligungsprozessen kennen, im Blick haben und mit geeigneten Strategien versuchen möglichst weit abzubauen.

VORBEHALTE DER BÜRGER AUS PERSÖNLICHEN GRÜNDEN	VORBEHALTE DER BÜRGER AUS PROJEKTBEZOGENEN GRÜNDEN	VORBEHALTE UND FEHLER- QUELLEN BEI INITIATOREN UND ORGANISATOREN
<p>Motivationsprobleme „Das klappt auch ohne mich, das geht mich nichts an, was kann ich dazu schon beitragen, das bringt doch ohnehin nichts.“</p> <p>Misstrauen „Das ist ohnehin nicht ernst gemeint, das ist reine Zeitverschwendung, das Verfahren ist nicht gut.“</p> <p>Begrenzte Kapazitäten „Ich habe wenig Zeit, ich habe andere Sorgen, Beruf und Familie gehen vor.“</p> <p>Fehlende Ressourcen für Beteiligungsverfahren „Deutsch ist Fremdsprache, habe zu wenig Bildung, fühle mich sozial nicht integriert, habe keine Erfahrungen, mich einzubringen.“</p>	<p>Sich nicht angesprochen fühlen „Die Einladung habe ich nicht bekommen / nicht verstanden, die Wortwahl hat mich nicht angesprochen.“</p> <p>Thematische Ablehnung „Bin nicht betroffen, zu komplex, zu groß, zu allgemein.“</p> <p>Unklarheit über Ergebnisse „Das ist mir zu unkonkret, der Zeithorizont ist zu weit, was soll dabei herauskommen?“</p> <p>Misstrauen „Das ist nicht ernst gemeint, das Verfahren hat Alibi-Funktion.“</p> <p>Unzufriedenheit mit dem Rahmen „Die Zeiten passen mir nicht, der Ort schreckt mich ab, ich fühle mich dort unwohl / nicht willkommen.“</p> <p>Zweifel an der Methode „Das Format gefällt mir nicht, meine Teilhabebedürfnisse wurden nicht berücksichtigt, es gibt attraktivere Formen des Engagements.“</p>	<p>Unsicherheit bei Ressourcen „Reicht das Budget, wie hoch wird der personelle Aufwand, schaffen wir das?“</p> <p>Fehlende Erfahrung „Haben wir die nötige Kompetenz, wählen wir die passenden Methoden?“</p> <p>Mangelnde Zielklarheit „Was wollen wir eigentlich genau erreichen, lohnt sich der Aufwand?“</p> <p>Unkenntnis über Interessenlagen „Wer ist alles betroffen, welche Interessen haben die verschiedenen Gruppen?“</p> <p>Distanz zur Zielgruppe „Wie sprechen wir die Bürger an, wie gestalten wir das Anschreiben, wie bauen wir Vertrauen auf?“</p> <p>Falscher Zeitpunkt „Warum haben wir nicht früher begonnen? Der Entscheidungsspielraum ist mittlerweile recht eng.“</p>

8. | LÖSUNGSANSÄTZE ZUR ÜBERWINDUNG VON BARRIEREN FÜR BREITE BETEILIGUNG

Welche Möglichkeiten bestehen, Barrieren für breite Beteiligung zu begegnen, zeigt die nachstehende Tabelle. Die Lösungsvorschläge, um Barrieren vorzubeugen oder sie abzubauen, zeigen: Es kommt vor allem darauf an, vorausschauend zu planen und gut zu kommunizieren. Dabei gilt es erstens, die persönlichen Umstände und Wünsche der Bürger zu berücksichtigen, die man für eine Teilnahme gewinnen möchte. Zweitens wollen die Bürger von Inhalt und Ablauf der Beteiligung überzeugt werden. Und drittens sollte sich der Blick der Organisatoren auf sich selbst richten, um mögliche Fehlerquellen zu identifizieren und zu beseitigen.

TABELLE 1 Barrieren für breite Beteiligung aus Organisatorensicht

ORGANISATOREN

BARRIERE	LÖSUNGSVORSCHLAG
FEHLENDE MODERATIONSKOMPETENZ	<ul style="list-style-type: none"> ■ Externe Moderatoren ■ Moderationsschulungen ■ Erfahrungen bei „kleinen“ Formaten, ggf. intern, sammeln ■ Hospitation/ Ko-Moderation mit Erfahrenen
FEHLENDE AKZEPTANZ DER ENTSCHEIDUNGSTRÄGER	<ul style="list-style-type: none"> ■ Vorurteile bei Entscheidungsträgern abbauen (z. B. vor teuren, unrealistischen Ergebnissen) ■ Teilnahme der Entscheidungsträger am Verfahren
KNAPPE RESSOURCEN	<ul style="list-style-type: none"> ■ An Best-Practice-Beispielen orientieren ■ Vorteile von Beteiligung in Verwaltung und Politik bewerben ■ Mut zur Lücke: Lieber selten „gute“ Beteiligung, als oftmals „schlechte“!
UNKLARHEIT ÜBER RAHMEN	<ul style="list-style-type: none"> ■ Klare Zielsetzung im Vorfeld ■ Zeitplan setzen, Budget ermitteln ■ Änderungen begründen ■ Stellenwert der Ergebnisse vorab festlegen
GERINGE TRANSPARENZ	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ziele, Zeitplan, Hintergrund, Budgetrahmen vermitteln ■ Akzeptanz der Ergebnisse im politischen Vorgehen als Grundvoraussetzung
ZIELGRUPPEN SCHWER ZU ERREICHEN	<ul style="list-style-type: none"> ■ Genaue Untersuchung der räumlichen und sozialen Situation im Vorfeld ■ Multiplikatoren, Vermittler finden ■ Persönliche Ansprache ■ Aufsuchende Beteiligungsformate ■ Netzwerke aufbauen ■ Gezielte Einbindung aller relevanten Akteure
FALSCHER ZEITPUNKT	<ul style="list-style-type: none"> ■ Rechtzeitiger Prozessbeginn ■ Mehrere Veranstaltung zu unterschiedlichen Phasen anbieten ■ Bereits bei Ideensammlung beteiligen, keine Vorschläge vorsezen ■ Sommerferien, Brückentage, Fußballspiele, Veranstaltungen im Stadtteil u. ä. meiden ■ Vorbereitungsgruppe aus Verwaltung, Bürgern, Politik auch über geeigneten Zeitpunkt entscheiden lassen

Quelle: Eigene Darstellung.

Allianz Vielfältige Demokratie

TABELLE 2 Barrieren für breite Beteiligung aus Bürgersicht

BÜRGERINNEN UND BÜRGER

PERSÖNLICHE GRÜNDE

PROJEKTBEZOGENE GRÜNDE

BARRIERE	LÖSUNGSVORSCHLAG
SPRACHE	<ul style="list-style-type: none"> ■ Übersetzer / Übersetzung ■ Mehrsprachige Paten ■ Beteiligung ohne Sprache, z. B. mit visuellen Methoden
ZEIT	<ul style="list-style-type: none"> ■ Flexible Online-Verfahren (24/7) ■ Nach Feierabend ■ Terminabfragen ■ Frühe Terminbekanntgabe ■ Kompakte Prozesse
BILDUNGS-STAND	<ul style="list-style-type: none"> ■ Einfache Sprache ■ Für Vielfalt werben ■ Den Bürger als Experten definieren
INTERESSE	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bestandsaufnahme zur Interessenlage ■ Stichproben-Meinungsumfrage ■ Persönliche Betroffenheit verdeutlichen
KULTUR	<ul style="list-style-type: none"> ■ Multiplikatoren für Zielgruppen einbinden ■ Beteiligungskultur etablieren (ab Kita)
MOTIVATION	<ul style="list-style-type: none"> ■ Rolle des Bürgers hervorheben ■ Wertschätzung ■ (Teil-)Ergebnisumsetzung ■ Aktivieren (z. B. Ideen-Wettbewerbe) ■ Feedback-Runden
ORTE	<ul style="list-style-type: none"> ■ Barrierefreiheit ■ „Neutrale“ Orte ■ Im unmittelbaren Umfeld ■ Bürger dort aufsuchen, wo sie sind ■ Der Zielgruppe bekannte Orte einbinden ■ Ggf. wechselnde Orte (themenabhängig)
ÄNGSTE/ MISSTRAUEN	<ul style="list-style-type: none"> ■ Ansprechpartner für Dialog / Information sein ■ FAQ ■ Multiplikatoren als Vertrauenspersonen ■ stetig über Prozess informieren (Transparenz) ■ Teilstandardisiertes Verfahren – sorgt für Stabilität – Vertrauen für weitere Verfahren ■ Akzeptanz der Ergebnisse im politischen Prozess ■ Unvorhergesehenes kommunizieren ■ Keine Proforma-Beteiligung
FEHLENDE INFORMATION/ WISSEN ÜBER BETEILIGUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Plakate, Flyer, Bilder ■ Presse, Social Media ■ Infostände ■ Allg. Veranstaltungen ohne konkreten Anlass ■ Veranstaltungen nutzen ■ Werbung + (Zwischen)Berichterstattung
UNKLARE/ UNERFÜLLBARE ERWARTUNGEN	<ul style="list-style-type: none"> ■ Experten bewerten Vorschläge im Dialog ■ Transparenz über Rahmen, Ziele, Budget ■ Frühzeitiger Prozessbeginn ■ Beratende Funktion klarstellen

BARRIERE	LÖSUNGSVORSCHLAG
THEMATISCHE ABLEHNUNG	<ul style="list-style-type: none"> ■ Verbindung zwischen Thema und Bürger herausstellen ■ Für das Thema werben
NICHT ZIELGRUPPEN-GERECHTE ANSPRACHE	<ul style="list-style-type: none"> ■ Interessengruppen finden ■ Analyse der Betroffenheit und Interessenlagen und Festlegung der Zielgruppe ■ Adressatenorientierte Werbung (Wortwahl, Layout, Veröffentlichung)
ZWEIFEL AN DER METHODIK	<ul style="list-style-type: none"> ■ Beteiligung ansprechend und vielfältig gestalten ■ Beteiligungsmöglichkeiten und -zeitpunkte kommunizieren ■ Misslungene Methoden ersetzen, schnell aus Erfahrungen lernen ■ Feedback-Runden ■ Methodik nach Zielgruppe und Thema wählen ■ Vorbereitungsgruppe aus Verwaltung, Bürgern, Politik auch über Methodik entscheiden lassen
MISSTRAUEN	<ul style="list-style-type: none"> ■ Keine Proforma-Beteiligung ■ Ziele der Beteiligung transportieren, Möglichkeiten aufzeigen und trotzdem Raum für Alternativen belassen ■ Rolle der Bürgerinnen und Bürger definieren ■ Vorbereitungsgruppe aus Verwaltung, Bürgern, Politik gestaltet Beteiligungsprozess ■ Schirmherrschaft festlegen, die an der späteren Entscheidung beteiligt ist ■ Transparenz im Verfahren, bei Änderungen und Entscheidungen, herstellen

Quelle: Eigene Darstellung.

Allianz Vielfältige Demokratie

9. | GEEIGNETE METHODEN UND FORMATE FÜR BREITE BETEILIGUNG

Wird eine breite Beteiligung angestrebt, lauten drei Kernfragen stets: Wie motiviere ich die Bürger, sich zu beteiligen? Wie kann ich den Prozess inklusiv gestalten? Und wie komme ich zu den besten Ergebnissen?

Für das Gelingen breiter Beteiligung sind zwei strukturelle Entscheidungen von entscheidender Bedeutung: erstens die Auswahlmethode (wen spreche ich wie an?) und zweitens die Wahl des passenden Beteiligungsformats (nach welchen Spielregeln in welchem Rahmen findet der Dialog statt?). Diese beiden Entscheidungen müssen die Initiatoren von Beteiligungsprozessen abhängig vom jeweiligen Thema und den jeweiligen Zielgruppen treffen.

Im Folgenden werden exemplarisch Methoden und Formate vorgestellt, die sich in der Praxis bewährt haben. Zugeordnet sind sie drei verschiedenen Kategorien von Zielgruppen. Ihre Eignung hängt davon ab, ob alle Bürger, nur thematisch oder räumlich betroffene Bürger oder eine spezifische Gruppe in der Bürgerschaft angesprochen werden soll. Die vorgestellten Methoden und Formate bieten die Möglichkeit, Beteiligungsbarrieren wie z. B. Motivationsprobleme, Misstrauen, fehlende Ressourcen, Unzufriedenheit mit dem Rahmen oder Zweifel am Prozess abzubauen.

Die Wahl geeigneter Methoden und Formate ist Voraussetzung für erfolgreiche breite Beteiligung, aber natürlich noch nicht hinreichend. Die Auswahl der Termine, niederschwellige Angebote, Aufbau persönlicher Beziehungen und einer Vertrauensbasis sowie ein atmosphärisch angenehmes Umfeld benötigen genauso viel Aufmerksamkeit und umsichtige Planung, um auch beteiligungsferne Bürger zu erreichen und dauerhaft zu motivieren.

9.1 Beteiligung der gesamten Bürgerschaft

Prozesse wie z. B. Leitbild- oder Stadtentwicklung sollten möglichst alle relevanten Perspektiven und Blickwinkel der Bürger aufnehmen. Dafür braucht der Beteiligungsprozess eine repräsentative oder möglichst vielfältige Teilnehmergruppe – es sollen alle Gruppen angemessen vertreten sein, die die Entscheidung etwas angeht. Um den Beteiligungsprozess auf eine breite Grundlage zu stellen und dadurch Entscheidungen zu höherer Qualität und Akzeptanz zu führen, ist insbesondere auch die Einbeziehung von Gruppen notwendig, die in der Regel nicht für Beteiligung gewonnen werden können.

Zufallsauswahl: Zusammensetzung einer möglichst repräsentativen Bürgergruppe

Teilnehmerinnen und Teilnehmer für einen Beteiligungsprozess können auf verschiedenen Wegen rekrutiert werden, etwa über direkte Einladungen, per Selbstselektion oder über eine – möglichst quotierte – Zufallsauswahl. Letztere kann gegenüber den anderen Verfahren mehr Chancengleichheit herstellen, die Heterogenität der Gruppe erhöhen und somit Partikularinteressen reduzieren.

Bei der Zufallsauswahl sollte die Gesamtheit der möglichen Teilnehmer so breit wie möglich sein, um eine hohe Repräsentativität der Stichprobe sicherzustellen und die Inklusion zu verbessern. Dafür bietet sich das Melderegister an. Die Zufallsauswahl mit Quoten ermöglicht es, die Zusammenstellung der Stichprobe zu präzisieren. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die Gruppe mit Blick auf Geschlecht, Alter und Wohnort ausreichend heterogen besetzt ist.

Die Ansprache der ausgelosten Bürgerinnen und Bürger erfolgt über eine persönliche Einladung durch den Initiator der Beteiligung, z. B. den Oberbürgermeister. So erfahren die Bürger Wertschätzung. Die Erfahrung zeigt: Je offizieller der Absender, desto höher der Rücklauf. Weitere Infos zum Thema finden Sie in der Broschüre „Bürgerbeteiligung mit Zufallsauswahl“ der „Allianz Vielfältige Demokratie“ (Bertelsmann Stiftung 2017a).

Praxisbeispiel:

Aufsuchende, quartiersbezogene und aktivierende Bürgerbeteiligung in Freiburg, Mannheim und Pforzheim (s. Praxisbeispiel 8)

Bürgerrat: Ein moderiertes Verfahren mit einer kleinen Gruppe von Bürgern

Ein Bürgerrat besteht in der Regel aus zwölf bis 16 zufällig ausgewählten Bürgern. Ziel ist es, mit einer kleinen Gruppe von Bürgern als repräsentative Vorbereitungsgruppe in einem moderierten Verfahren gemeinschaftlich getragene Lösungen zu dringenden politischen oder regionalen Fragen zu finden.

Die Beteiligten verfügen über keinerlei spezielles Vorwissen oder spezielle Qualifikationen. Die Bürger kommen unmittelbar auf der Grundlage ihrer eigenen Erfahrungen miteinander ins Gespräch und tauschen sich über ihre Bedürfnisse, Wünsche, Vorschläge und Zukunftsaussichten aus. Dabei entstehen neue Ideen, die zu Empfehlungen für die politischen Entscheidungsträger verdichtet werden.

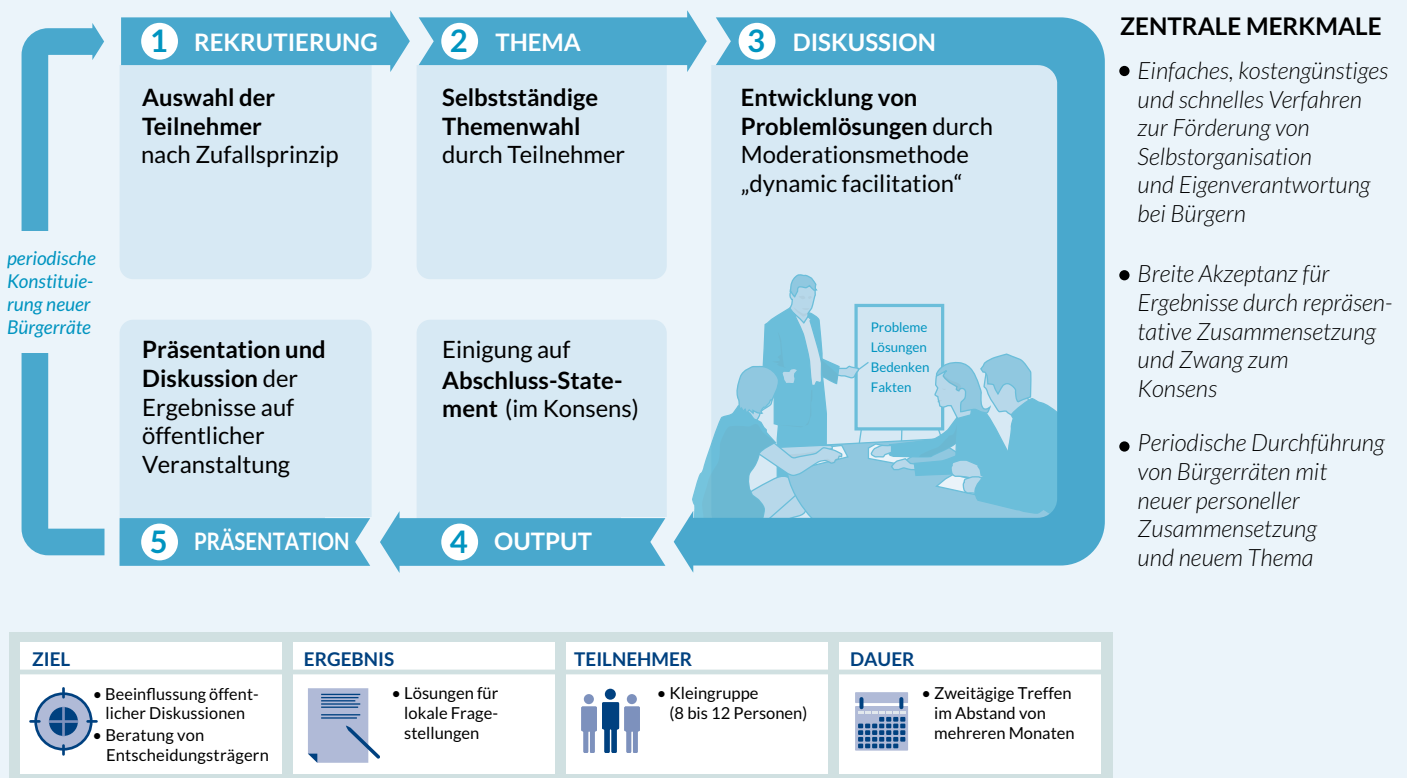
Die Moderation macht den Teilnehmern keine Vorgaben, sondern sorgt für Gleichberechtigung aller Beteiligten. Sie sortiert die Aussagen der Teilnehmer in eine von vier Kategorien: Probleme, Lösungen, Bedenken zur Lösung sowie Daten und Fakten. Außerdem bündelt sie die Lösungen, die im Konsens aller Beteiligten getroffen werden.

Die Ergebnisse werden der breiten Öffentlichkeit vorgestellt, diskutiert und in der Regel auch von der Allgemeinheit anerkannt.

Praxisbeispiele:

- Bürgerräte in Vorarlberg (s. Praxisbeispiel 13)
- Bürgerdialog „Nachhaltiges Filderstadt“, Lippepark Hamm (s. Praxisbeispiel 7)

BÜRGERRAT



Quelle: Eigene Darstellung.

Allianz Vielfältige Demokratie

World-Café: Perspektiven- und Meinungsvielfalt durch die World-Café-Methode

Nicht alle Beteiligungsprozesse erfordern statistische Repräsentativität, oftmals steht die Perspektiven- und Meinungsvielfalt im Vordergrund. Das World-Café eignet sich besonders gut, um Ideen zu entwickeln, Wissen zu sammeln und auszutauschen sowie innovatives Denken anzuregen. Ziel ist es, in begrenzter Zeit neue Lösungsansätze zu finden.

Bei einem World-Café kommen Kleingruppen mit fünf bis acht Teilnehmern zusammen, um sich in entspannter Kaffeehaus-Atmosphäre zu einem vorgegebenen Thema auszutauschen. Die Diskussion findet in mehreren aufeinanderfolgenden Gesprächsrunden von 20 bis 30 Minuten statt. Bei jeder neuen Runde wechseln die Teilnehmer die Tische. Die

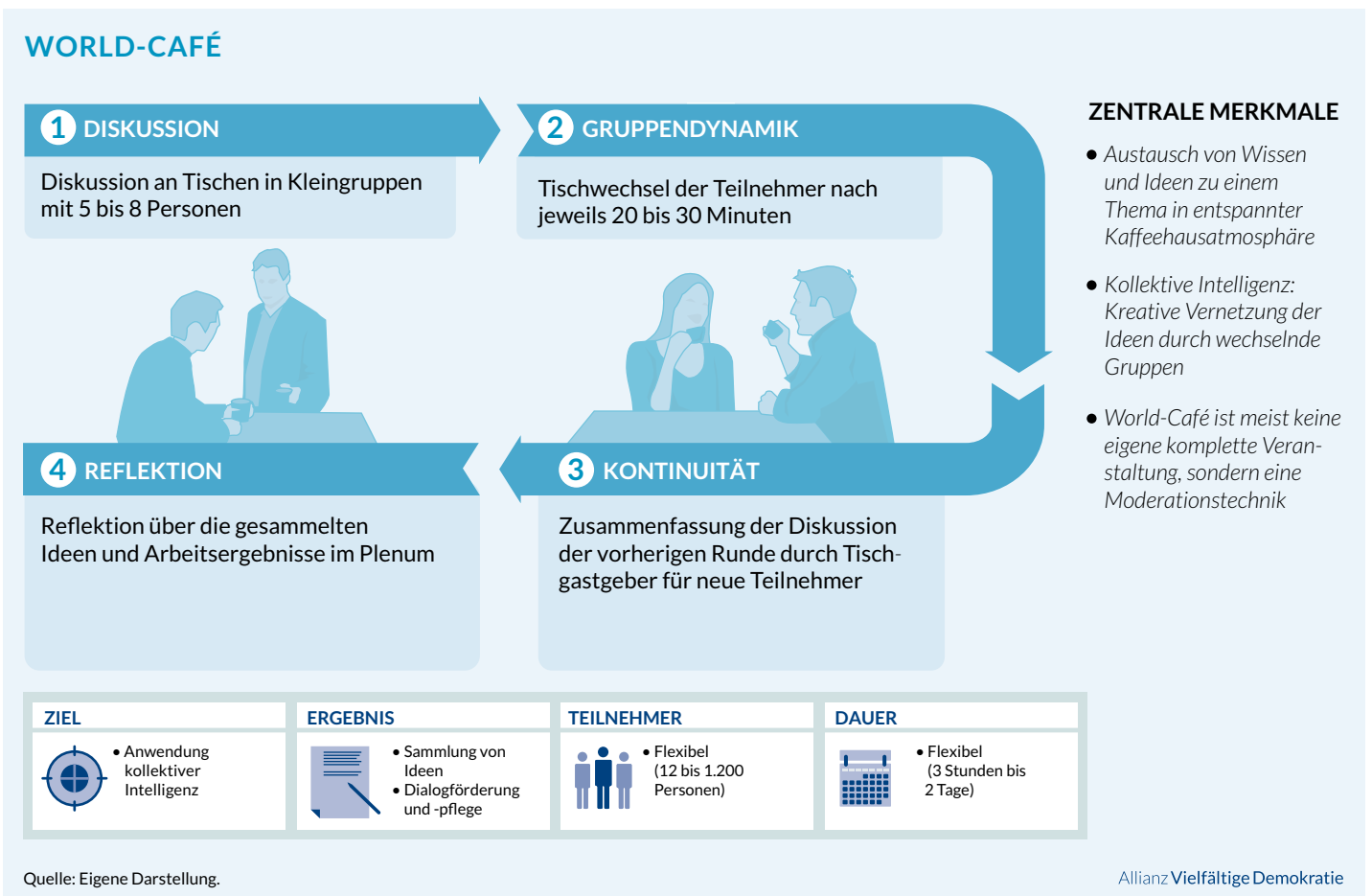
Ergebnisse jeder Runde und Kleingruppe werden (z. B. auf Papiertischdecken) dokumentiert. Jeweils ein sogenannter Tischgastgeber bleibt am Tisch und informiert die Neuankömmlinge über die wesentlichen Diskussionsergebnisse der Vorrunden.

Abschließend werden die Ergebnisse im Plenum vorgestellt und diskutiert.

Wichtig ist, durch barrierefreie Veranstaltungsräume, einfache Sprache, Kinderbetreuung, Übersetzer usw. die Barrieren für Beteiligung abzubauen. Dann sind Meinungsaustausch und Ideensammlung auch mit benachteiligten Gruppen möglich.

Praxisbeispiel:

Die Altenessen-Konferenz, Essen
(s. Praxisbeispiel 6)



Begleitgruppe: Beratung in prozessualen und organisatorischen Fragen

Eine Begleitgruppe klärt keine inhaltlichen Fragen, sondern berät die Organisatoren der Bürgerbeteiligung bei der Prozessgestaltung. Sie wird in der Regel vom Bürgermeister und dem Prozessmoderator zusammengestellt und berufen. Neben Vertretern aus Politik und Verwaltung sollten Vereine, Bürgerinitiativen und kommunale Schlüsselpersonen einbezogen werden. Dazu zählen etwa lokal bekannte und akzeptierte Personen wie Apotheker, Schulleiter oder Pfarrer.

Die Begleitgruppe achtet darauf, dass alle relevanten Themen und Akteure berücksichtigt werden und stellt Transparenz über den Gesamtprozess her. Die Gruppe regelt eigenständig Fragen zu Entscheidungsfindung, Sitzungsabläufen und externer Kommunikation.

Eine Begleitgruppe kann die Akzeptanz von Beteiligungsverfahren erhöhen, weil relevante Interessengruppen und Multiplikatoren ein gemeinsames Zielverständnis entwickeln und den Ablauf des Verfahrens mitorganisieren. Die Entscheidungen über das Prozessdesign einer Bürgerbeteiligung können somit umsichtiger getroffen werden und stehen auf einem breiten Fundament.

9.2 Beteiligung räumlich und thematisch betroffener Bürger

Werden betroffene Bürger zu Planern, bringen sie eigene Kenntnisse in Planungs- und Gestaltungsprozesse ein, die das Fachwissen der Planer um lokales Wissen ergänzen. Darüber hinaus fördern Beteiligung und Engagement der Bürger die Akzeptanz und Identifikation, z. B. mit den Entwicklungsprozessen im Quartier. Aber wie gelingt es, möglichst alle Anwohner des Quartiers zu beteiligen?

Crossmediale Ansprache

Sollen möglichst viele Gruppen angesprochen werden, eignet sich eine crossmediale Ansprache über möglichst viele Kanäle: Informationsverbreitung durch Presse, lokale Magazine und Lokalradios, Auslagen und Aushänge von (mehrsprachigen) Plakaten, Flyern und Postkarten, Nutzung von Websites und Social Media wie Facebook, Instagram, Twitter usw., bis hin zu persönlichen Anschreiben. Am zielführendsten ist aber häufig die persönliche Ansprache. In der Regel erfolgt sie face-to-face, z. B. durch direkte Ansprache auf lokalen Straßenfesten oder bei Quartiersrundgängen. Ein vielversprechender Weg ist die persönliche Ansprache über Multiplikatoren wie z. B. Streetworker, Familienzentren, Vertreter von Clubs und Vereinen oder sozialen Einrichtungen. Mit deren Unterstützung ist es oft bedeutend leichter, die Menschen zu erreichen; sie können zudem wertvolle Türöffner sein, um das Interesse der Menschen zu wecken. Eine Einladung oder Aufforderung zur Teilnahme an einer Partizipationsmaßnahme, die nicht von einem Unbekannten, sondern von einer Vertrauensperson stammt, kann Wunder wirken.

Aufsuchende Beteiligung: Befragungen, Quartiersrundgänge, Nachbarschaftstreffen

Gehen Sie dorthin, wo die Menschen leben, die Sie beteiligen wollen! Eine aufsuchende Beteiligung ermöglicht es, auf einen bestimmten Personenkreis zuzugehen und ihn motivierend anzusprechen. So kann man gezielt mit Menschen in Kontakt treten, die über konventionelle Veranstaltungsformate eher nicht erreicht werden. Oft haben diese Bürgerinnen und Bürger bisher kaum Beteiligungserfahrung und sind skeptisch bezüglich ihrer Möglichkeiten, sich einzubringen. Dieser Zurückhaltung sollte mit Respekt und Wertschätzung begegnet werden. Ziel ist vorrangig die Ermutigung zur Mitwirkung.

Die Methode der aufsuchenden Beteiligung eignet sich besonders, um Meinungen und Bedürfnisse zu erheben oder Betroffenen die Teilnahme am Beteiligungsprozess zu vereinfachen. Zur Kontaktaufnahme können der Wochenmarkt oder Stadtteilstefen genutzt werden. Planung und Durchführung sind zwar personal- und zeitintensiv, versprechen aber einen großen Output. Für einen positiven Gesprächsverlauf hilfreich ist eine angenehme und vertrauliche Atmosphäre, denn tendenziell skeptische Bürger werden oft aufgeschlossener, wenn sie (vorerst) anonym bleiben dürfen. In leichter Alltagssprache werden Gesprächspartner an das Thema herangeführt. Eine einfache Visualisierung hierzu kann hilfreich sein.

Befragung

Befragungen bieten sich vor allem an Orten an, deren künftige Gestaltung zur Debatte steht. Als in Essen die Zukunft des größten Freibads der Stadt diskutiert wurde, war man nicht zuletzt an der Meinung der Nutzer des Bads interessiert. An einem sonnigen Tag wurden deshalb die Badegäste des Grugabads am Schwimmbecken befragt. Wünsche und Anregungen der Befragten wurden an einer Ideentafel notiert. Die Ergebnisse der Umfrage flossen in die Gesamtauswertung des Prozesses ein. Parallel fanden Workshops statt, auch eine Beteiligung per E-Mail war möglich. Dieses Beispiel illustriert, dass sich eine Befragung auch als ergänzende Methode eignet.

Quartiersrundgang

Quartiersbegehungen sind „Spaziergänge“, die der Kommunikation und Information dienen. Die Bewohner werden so direkt in den Gestaltungsprozess ihres Viertels eingebunden. Ideen für Veränderungen werden im Stadtteil gesammelt und gemeinsam diskutiert. Im unmittelbaren Austausch können ggf. vorhandene Schwachstellen eines Quartiers besser ermittelt werden.

Mithilfe eines Quartiersspaziergangs / einer Quartiersbegehung können kleinräumige Daten erhoben werden. Die Bewohner zeigen auf einer vorab festgelegten Route die Chancen und Schwachstellen

auf und diskutieren über mögliche Lösungsmaßnahmen. Diese Punkte sind während der Begehung auf vorab vorbereiteten Quartierskarten zu verzeichnen. Im Anschluss an die Begehung sollten sich alle Teilnehmer zu einem Resümee zusammensetzen. Die gemeinsame Begehung ermöglicht einen direkten Dialog und schafft Vertrauen.

Nachbarschaftstreffen

Eine ungezwungene Atmosphäre etwa bei Kaffee und Kuchen in einer Gruppe, die sich mindestens vom Sehen kennt, ist ein niederschwelliges Angebot im Quartier.

Das Format bietet einen geschützten Raum, in dem Probleme und Missstände nicht nur benannt werden, sondern auch gemeinsam Lösungen dafür erarbeitet werden: Hier können Nachbarn eigene Initiative ergreifen, um ihr Umfeld zu gestalten, zu verbessern und zu verschönern. Und nebenbei entstehen über das jeweilige Thema hinaus viele weitere Anknüpfungspunkte.

Praxisbeispiel:

- Nachbarschaftstreffen Fehmarnbeltquerung (s. Praxisbeispiel 1)
- „Die Perspektive Grugabad“ Essen: www.essen.de/leben/planen_bauen_und_wohnen/planen/aktuelle_stadtplanungen/grugabad.de.html

Planning for real

Planning for real ist ein niederschwelliges Planungsverfahren an konkreten Orten wie Quartieren, Stadtparks und Stadtplätzen. Anwohner bringen ihre spezifischen Anliegen, Problemsichten und Lösungsvorschläge ein. Mit dieser Methode werden Defizite, Bedarfe, Bedürfnisse und Potenziale ermittelt sowie Handlungsschwerpunkte erarbeitet. Ziel ist die Entwicklung eines detaillierten Aktionsplans, der zwischen Bevölkerung, Politik und Verwaltung abgesprochen ist.

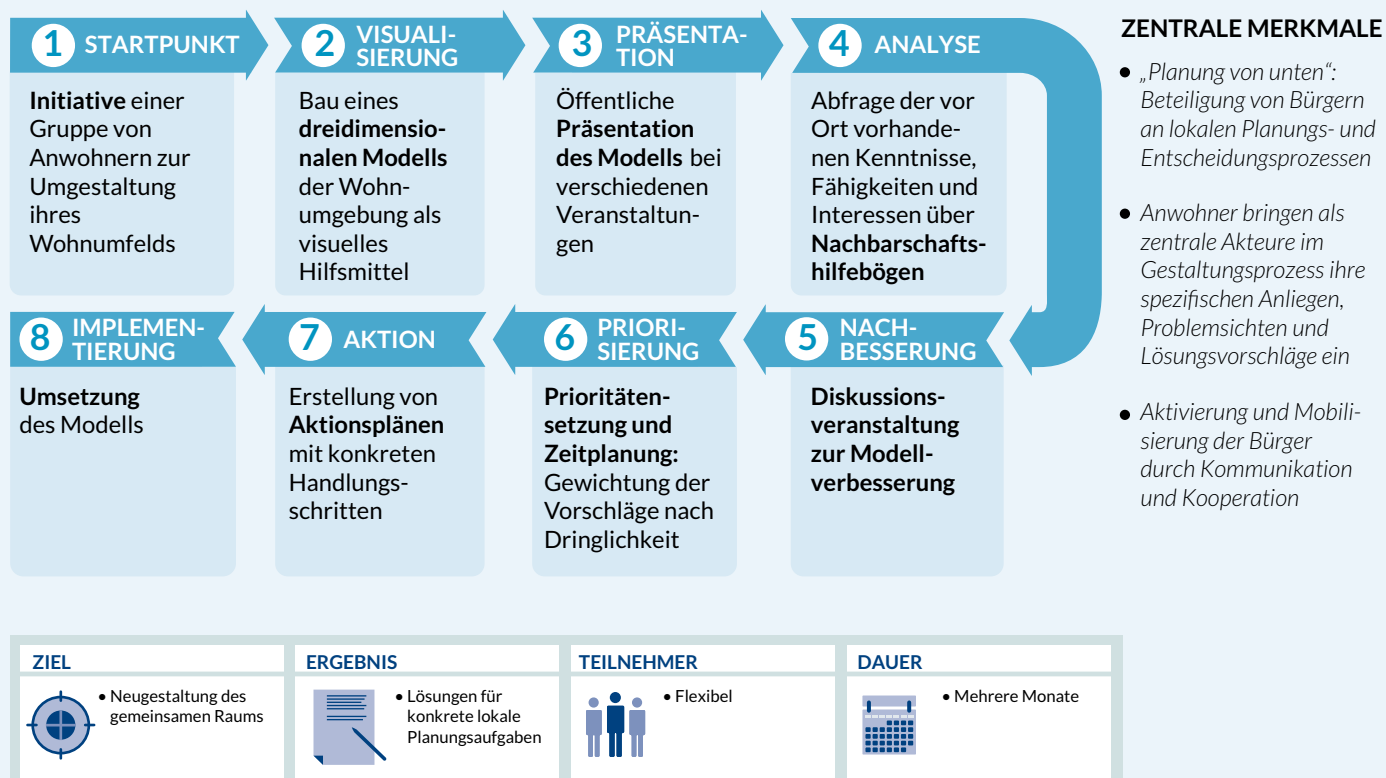
Alle Bürger diskutieren zunächst mit Betroffenen vor Ort anhand eines städtebaulichen Modells. Die Ideen und Anregungen werden mit bereitgestelltem Material visualisiert oder schriftlich festgehalten. In einer zweiten Veranstaltung werden mittels Stärken-Schwächen-Analysen Prioritäten und ein Aktionsplan abgeleitet.

Das Format eignet sich auch gut in der Kinder- und Jugendbeteiligung.

Praxisbeispiel:

Planning for Real! – Beteiligungsaktion
Am KranSand, Wiesbaden:
www.wiesbaden2030.de/informationen/meldungen/planning-real-beteiligungsaktion-am-kransand-ehem-kies-menz-am-10-juni-2017

PLANNING FOR REAL



Quelle: Eigene Darstellung.

Allianz Vielfältige Demokratie

9.3 Bürger als Angehörige spezifischer Gruppen

Manche Beteiligungsprozesse erfordern eine ganz bestimmte Expertise oder Erfahrung spezifischer Zielgruppen, wie z. B. Jugendlichen oder Migranten. Wenn davon auszugehen ist, dass Personen mit diesem Erfahrungshintergrund sich üblicherweise nicht beteiligen, müssen sie noch gezielter angesprochen und eingebunden werden, indem z. B. eine persönliche Beziehung aufgebaut wird.

Zielgruppengerechte Ansprache

Die Ansprache spezifischer Zielgruppen ähnelt den Erfordernissen der räumlich oder thematisch betroffenen Zielgruppe. Bei beiden Gruppen empfiehlt sich eine crossmediale Ansprache und die Aktivierung von Multiplikatoren.

Der Unterschied besteht in der Zielgenauigkeit der Ansprache. Um spezifische Gruppen zu erreichen, müssen die unterschiedlichen Lebenswelten der Zielgruppen berücksichtigt werden. Am ehesten sind sie in ihren Kultur- und Lebensräumen zu kontaktieren. So lassen sich z. B. religiös verwurzelte Frauen mit Migrationshintergrund in geschützten Räumen eines Gemeindezentrums oder einer Moschee erreichen, während man Jugendliche eher in Jugendzentren, Sportvereinen oder Schulen erreicht. Die treffsichere Auswahl der Informationskanäle und der Multiplikatoren erfordert eine vorhergehende Analyse der jeweiligen Lebenswelten.

Fokusgruppengespräche

Zufällig ausgewählte Angehörige bestimmter Zielgruppen werden zu Fokusgruppengesprächen eingeladen. Sechs bis acht Teilnehmer führen anhand eines Leitfadens eine moderierte Gruppendiskussion zu Themen der Stadtentwicklung. Die Ergebnisse werden in einem Bericht erfasst, in Workshops vorgestellt und diskutiert sowie bei Entscheidungen berücksichtigt.

Ziel der Gespräche ist es einerseits, etwas über die Sichtweisen, Bedürfnisse, Probleme und Ängste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (z. B. in Bezug auf ihren Stadtteil) zu erfahren. Andererseits werden die Befragten nach ihren eigenen Lösungsideen gefragt, und es wird erkundet, ob sie ein Interesse daran haben, sich bei der Umsetzung dieser Ideen einzubringen.

Fachkundig moderierte Fokusgruppengespräche sind ein bewährtes Element der Sozialforschung und können für Belange der Bürgerbeteiligung, vor allem bei nicht-beteiligten Sozialgruppen oder Milieus gut angewendet werden. Zentrale Kriterien sind: eine zielgruppengenaue Rekrutierung der Teilnehmer, die Zahlung einer Aufwandsentschädigung, eine moderierte ca. zweistündige Befragung anhand eines Leitfadens mit offenen Fragestellungen, die Aufzeichnung (Film / Ton) sowie ein Auswertungsbericht und die öffentliche Präsentation.

Praxisbeispiele:

- Bürgerorientierte Quartiersentwicklung in der „Sozialen Stadt“, Berlin-Neukölln (s. Praxisbeispiel 5)
- Perspektiven! Miteinander planen für die Elbinseln, Hamburg (s. Praxisbeispiel 3)

Event-Projekte

Während manche Menschen einen themenorientierten Zugang zur Beteiligung finden, müssen andere über spezifische Projekte in ihrem Lebensumfeld gewonnen werden. Über Beteiligungsformate mit Freizeitcharakter (Stadtteilfeste, Kochschulen etc.) können auch die Gruppen gewonnen werden, die man bei klassischer Beteiligung nicht findet. Politische Aktivität wird mit Freizeit, Spaß und persönlichem Gewinn verbunden. Um Vertrauen aufzubauen und Kontakte knüpfen zu können empfiehlt es sich, eine gesellige und gastfreundliche Atmosphäre zu schaffen, in der auch gemeinsam gegessen, getrunken und gefeiert werden kann.

Praxisbeispiele:

- Pimp Your Town!
Jugend.Frei.Räume, Frankfurter Nordend (s. Praxisbeispiel 9)
- Bürgercafés im Rahmen des Projekts „nordwärts“ in Dortmund (s. Praxisbeispiel 4)
- Salz & Suppe – Stuttgart im Dialog (s. Praxisbeispiel 12)

Eine weitere umfangreiche Auswahl von Methoden, Formaten und Praxisbeispielen ist zu finden unter www.beteiligungskompass.org

10. MEDIEN ALS UNTERSTÜTZER FÜR BREITE BETEILIGUNG

Kommunikation ist Kernelement aller dialogorientierten Beteiligungsverfahren. Das ist logisch, denn das Ziel lautet, Formate zu entwickeln, in denen Bürger sich austauschen, ihre Meinungen kundtun, Gehör finden und zuhören. Damit diese Formate erfolgreich sein können, müssen die Organisatoren von Beteiligungsverfahren Kommunikation als Daueraufgabe verstehen. Diese Aufgabe beginnt mit der Erstansprache und der Akquise der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Und sie endet oftmals erst nach der eigentlichen Beteiligung: mit Informationen über Resultate und Erreichtes, verbunden mit einer Anerkennung für das Engagement.

In der Zwischenzeit gilt es zum einen, Teilnehmer, Betroffene und die interessierte Öffentlichkeit fortwährend so gut wie möglich informiert zu halten. So gut wie möglich heißt: zielgruppengerecht, leicht zugänglich, ohne Zeitverzug, umfassend über alles Wesentliche, aber nie über Unwesentliches. Zum anderen sollten einige Kommunikationswege auch abseits der Dialogformate interaktiv sein. Die Bürger sollten die Möglichkeit haben, sich untereinander und mit den Organisatoren auszutauschen. Das ist vor allem dann wichtig, wenn die Gruppenarbeit kein eintägiges Ereignis ist. In konzeptionellen oder gestalterischen Beteiligungsprojekten werden teilweise über Wochen oder Monate Ideen gesammelt und gemeinsam entwickelt.

Die Diversifizierung der Medienwelt ist für die Organisatoren von Beteiligungsprozessen Fluch und Segen zugleich. Auf der einen Seite bieten die vielen Medienkanäle heutzutage die Chance, spezifische Zielgruppen treffsicher zu erreichen. Zudem vereinfachen sie Interaktivität. Auf der anderen Seite jedoch kommt auf die Organisatoren die Aufgabe zu, aus den vielfältigen Möglichkeiten einen gut abgewo-

genen Medienmix zu erstellen und eine Vielzahl von Kanälen zu bedienen. Das ist aufwändig und schwierig. Denn es gilt nicht nur, die passenden Medienkanäle zu identifizieren, sondern sich dort auch sicher und angemessen zu bewegen.

Gerade wenn Beteiligung breit und inklusiv sein soll, kommt kein Beteiligungsprozess ohne ein Kommunikationskonzept aus. Das Konzept sollte vor Beginn der Beteiligung festlegen, welcher Medienmix bei welchen Formaten für welche Zielgruppen eingesetzt werden soll und wer in welcher Form diese Medien bedient.

Medien unterstützen breite Beteiligung, und doch funktionieren sie nicht für jede Zielgruppe. Migranten, Jugendliche und Kinder sind oftmals nur durch aufsuchende Beteiligung und persönliche Ansprache zu erreichen.

Die folgende Auflistung gibt einen exemplarischen Überblick über mögliche Medienkanäle, ihre Potenziale und ihre Besonderheiten.



TABELLE 3 Mögliche Medienkanäle, ihre Potenziale und Besonderheiten

KATEGORIE	EINSATZ	ZIELGRUPPE
DIE KLASSIKER <ul style="list-style-type: none"> ■ Lokal- und Regionalmedien (Zeitung, Radio, TV) Wochenblätter (gratis) ■ Stadtmagazine 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Wichtig bei Projekten, die alle Bürger ansprechen und bei hoher Relevanz für gesamte Öffentlichkeit 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Gesamte Bürgerschaft und zahlenmäßig große Gruppen ■ interessierte Öffentlichkeit
BRANCHEN-PUBLIKATIONEN <ul style="list-style-type: none"> ■ Studenten- und Schülermagazine ■ Stadtteilzeitungen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Wichtig bei Projekten, die räumlich oder thematisch betroffene Bürger ansprechen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Berufsgruppen wie Handwerker, Händler, Gewerbetreibende ■ jüngere Zielgruppen ■ Bürger bestimmter Stadtteile
DIE POSTALISCHEN <ul style="list-style-type: none"> ■ Postwurfsendungen ■ persönliche Einladungen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Wichtig bei Zufallsauswahl und Erstansprache ■ Hinweise auf öffentliche Veranstaltungen, die sich an alle Bürger richten 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Gesamte Bürgerschaft bzw. alle Bürger eines Stadtteils
DIE DIGITALEN <ul style="list-style-type: none"> ■ Fremde Websites ■ Eigene Website ■ Newsletter per E-Mail 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Wichtig bei allen Projekten, sofern sie eine längere Laufzeit haben 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Teilnehmer des Beteiligungsprozesses ■ interessierte Öffentlichkeit ■ Journalisten ■ spezifische Zielgruppen
DIE INTERAKTIVEN <ul style="list-style-type: none"> ■ Facebook ■ Twitter ■ Instagram ■ WhatsApp 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Wichtig bei Projekten, in denen die Teilnehmer auch unter sich kommunizieren sollen ■ wichtig für Ansprache von Jugendlichen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Teilnehmer des Beteiligungsprozesses ■ interessierte Öffentlichkeit ■ Journalisten ■ spezifische Zielgruppen
DIE ANALOGEN <ul style="list-style-type: none"> ■ Wandzeitung ■ Fotogalerie ■ Aushänge ■ Postkarten ■ Poster ■ Flyer 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Wichtig bei zielgruppenspezifischer Ansprache 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Migranten, Jugendliche, Kinder, Stadtteilbewohner

Quelle: Eigene Darstellung.

VORTEILE	BESONDERHEITEN	DOS AND DON'TS
<ul style="list-style-type: none"> Hohe Reichweite professionelle journalistische Aufbereitung tagesaktuell Möglichkeit verschiedener Formate von Terminhinweis bis zu Interview und Hintergrund-Reportage 	<ul style="list-style-type: none"> Redaktionen entscheiden selbst über Umfang und Art der Berichterstattung wenig geeignet für jugendliche Zielgruppen und Migranten (Sprache) Reichweitenverluste bei jüngeren Generationen 	<ul style="list-style-type: none"> Redaktionen frühzeitig über Gesamtprojekt informieren journalistische Unabhängigkeit respektieren eigene Themenvorschläge einbringen frühzeitig klarmachen, welche Veranstaltungen nicht medien-öffentlich sind Konkurrenz-Situation beachten, d.h. fairer Umgang
<ul style="list-style-type: none"> Etablierte Medien in bestimmten Zielgruppen können Projekten Präsenz verschaffen und sie bekannt machen geübt in zielgruppenspezifischer Ansprache 	<ul style="list-style-type: none"> Diese Medien eignen sich für allgemeine Informationen, aber eher nicht für detaillierte Projektberichte 	<ul style="list-style-type: none"> Oftmals längerer Produktionsvorlauf, daher frühzeitig ansprechen journalistische Unabhängigkeit respektieren eigene Themenvorschläge einbringen
<ul style="list-style-type: none"> Jeder Haushalt wird erreicht persönliche Ansprache vermittelt Wertschätzung 	<ul style="list-style-type: none"> In Sprache, Form und Inhalt muss die Information für alle verständlich sein Es müssen alle wesentlichen Infos enthalten sein (ohne zu viel Detailtiefe) 	<ul style="list-style-type: none"> In ansprechende Gestaltung investieren, damit Brief oder Postwurfsendung mindestens angelesen werden
<ul style="list-style-type: none"> Direkte und zeitnahe Information detaillierte Infos möglich verschiedene Formate wie Fotos, Videos, Grafiken, Statistiken möglich eigene Website ermöglicht Direktverlinkung zum Projekt in anderen sozialen Medien eigener Kanal mit uneingeschränkter Hoheit über Darstellung 	<ul style="list-style-type: none"> Eigene Website in guter Qualität verlangt relativ hohen finanziellen Aufwand und regelmäßige Pflege Für fremde Websites gilt dasselbe wie für klassische Medienprodukte 	<ul style="list-style-type: none"> Website: vom Allgemeinen zum Detaillierten mit jeder Ebene sollte Detailtiefe zunehmen in nutzerfreundliche Gestaltung investieren Newsletter: sollte regelmäßig erscheinen Sonderausgaben nach jedem Meilenstein kurz und prägnant mit Links zu näheren Infos
<ul style="list-style-type: none"> Kommunikation in Echtzeit mit mobilem Endgerät jederzeit überall zugänglich kann Bild von Beteiligung als modern, offen und dynamisch prägen ermöglicht Austausch in geschlossenen Gruppen ebenso wie mit der breiten Öffentlichkeit eher geeignet, um jüngere Generationen zu erreichen 	<ul style="list-style-type: none"> Eigene Kanäle eignen sich vor allem für Teilnehmer am Beteiligungsprozess Ansonsten kommt es darauf an, Mittler zu finden, die ihr Netzwerk zur Verfügung stellen – die eigene Facebook-Seite einer Stadtverwaltung ist zumeist nicht geeignet 	<ul style="list-style-type: none"> Nicht alle Kanäle bedienen, sondern die passenden zielgruppengerechte Sprache eventuell Netiquette aufstellen, vor allem, wenn das Thema konfliktträchtig ist auch digitale Dialoge können Moderation erfordern Soziale Medien bedeuten harte Netzwerkarbeit: Unterschätzen Sie nicht den Aufwand, den es für eine wirklich gute Reichweite braucht
<ul style="list-style-type: none"> Die Produkte kann man dorthin bringen, wo sich die Zielgruppen treffen: in religiöse oder kulturelle Zentren, in Schulen, in Jugendheime, in Bahnhöfe, auf den Marktplatz, in Discos und Kneipen 	<ul style="list-style-type: none"> Diese Medien können ein Projekt bekannt machen und auf Veranstaltungen hinweisen Sie sind eher zur Erstsprache geeignet Wandzeitung und Fotogalerie können auch Projektfortschritte dokumentieren 	<ul style="list-style-type: none"> Eine gewisse Kreativität ist Pflicht: Zielgruppen müssen die Medien wahrnehmen unbedingt zielgruppengerecht gestalten Balance zwischen werblicher Gestaltung und inhaltlicher Seriosität wahren

11. FINANZIELLE ANREIZE FÜR BREITE BETEILIGUNG

Breite Beteiligung lohnt sich. Kommunen profitieren mittel- und langfristig von einer Stärkung des Gemeinwesens, von der Aktivierung des sozialen Dialogs, vom besseren Verständnis zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung. Und sie können auch finanziell profitieren, wenn das Beteiligungsverfahren dazu beiträgt, Konflikte nicht in langwierigen Gerichtsprozessen enden zu lassen.

In den kommunalen Haushalten sind diese Gewinne allerdings nicht abzubilden. Was hingegen sehr wohl auftaucht, sind die Kosten. Neben personellen Ressourcen braucht breite Beteiligung immer auch ein gewisses finanzielles Budget: für Kommunikation, externe Moderation, Aufwandsentschädigungen von Teilnehmern, Sachmittel, Raummieten etc. Weil breite Beteiligung einen nochmals höheren Aufwand bedeutet, um beteiligungsferne Gruppen im Sinne der Inklusivität anzusprechen, können die Kosten gerade in finanzschwachen Kommunen eine Barriere für breite Beteiligung darstellen.

Deshalb sollten Bund und Länder darüber nachdenken, wie sie breite Beteiligung auf kommunaler Ebene besser fördern können. Bundesprogramme wie „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ (NSP), Bund-Länder-Programme wie „Soziale Stadt“ und Programme aus den Bereichen Wohnungsbau, Wirtschaft, Energie und Verkehr könnten etwa in ihrer Förderpraxis Kommunen zusätzliche Gelder in Aussicht stellen, sofern sie ihre Maßnahmen mit breiter Bürgerbeteiligung durchführen. Das Land Baden-Württemberg hat Ähnliches bereits erfolgreich praktiziert. Aus dem Förderprogramm „Flüchtlingsdialoge“ wurden Kommunen besonders stark unterstützt, die beteiligungsferne Bevölkerungsgruppen aktivieren wollten.

Empfehlungen am Beispiel der Städtebauförderung

Gut umsetzbar wäre eine solche Unterstützung von Beteiligungsverfahren in der Städtebauförderung. Laut Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) lebt jeder achte Einwohner in Deutschland in einem Städtebauförderungsgebiet. Diese Gebiete spüren den Wandel urbanen Lebens oftmals besonders stark. Zuwanderung, starkes Schrumpfen oder Wachsen der Einwohnerzahl, technologische Veränderungen in Handel und Verkehr, Klima- und Umweltschutz – was die Menschen in ihrer lokalen Umgebung beschäftigt, sind vielfach auch im globalen Maßstab die großen Herausforderungen unserer Zeit.

Städtebauförderung reagiert auf all diese Herausforderungen. Mit ihr wollen Bund und Länder nachhaltige Stadtentwicklung vorantreiben. Mithin ist die Städtebauförderung bestens geeignet, per breiter Beteiligung die Bürger zu motivieren, sich für die Gestaltung ihres direkten Umfelds zu engagieren und zugleich in einen Dialog über zentrale Zukunftsfragen zu treten.

Konkret empfiehlt die „Allianz Vielfältige Demokratie“ deshalb folgende Maßnahmen:

1. Bürgerbeteiligung als Ziel verankern

Breite Beteiligung sollte in der Präambel zur „Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung“ gleichberechtigtes Ziel sein neben Klimaschutz, Wachstum und Beschäftigung, Gleichstellung oder Baukultur. In Anerkennung der Rolle der Stadtgesellschaft als „Ort der Entstehung und Selbstbehauptung der Demokratie“ gilt es, breiter Bürgerbeteiligung einen höheren Stellenwert einzuräumen.

2. Verfügungsfonds und Sozialraumbudgets ausdehnen

Beteiligungsverfahren im Rahmen der Städtebauförderung erzeugen in problembelasteten Quartieren nicht selten eine Aufbruchstimmung, die für die Stadtentwicklung ebenso wichtig sein kann wie die Investitionen selbst. Deshalb sollten Verfügungsfonds (z. B. Ziffer 14 StBauF-RL NRW) und Sozialraumbudgets aufgestockt werden. Die Koppelung der Förderung an eine hälftige Finanzierung durch private oder öffentliche Mittel aus der jeweiligen Kommune sollte zumindest für finanzschwache Kommunen abgeschafft werden.

3. Informelle Beteiligung im Vorfeld der Städtebauförderung unterstützen

Prüft eine Kommune, ob und wie sie sich um Aufnahme in die Städtebauförderung bemüht, bietet sich informelle Bürgerbeteiligung als Instrument an. Etliche Kommunen definieren ihre Entwicklungsbedarfe auch mithilfe von Stadt- oder Stadtteilforen, Bürgerversammlungen und Dialogen mit spezifischen Zielgruppen. Eine Förderung dieser Beteiligungsverfahren – als selbstständiger, förderfähiger Planungsschritt – sollte künftig auch dann möglich sein, wenn die Kommune nicht in ein Städtebauförderungsprogramm aufgenommen wird.





12. BEISPIELE AUS DER PRAXIS

Erfolge und Schwierigkeiten bei breiter Beteiligung

Infrastrukturprojekte / Umwelt- und Freiraumprojekte / Stadtkonzeption / Stadtteilprojekte / Jugendprojekte / Landesentwicklung

Die hier porträtierten Beispiele aus der Praxis vermitteln einen Eindruck von den vielfältigen Einsatzmöglichkeiten breiter Beteiligung. Sortiert nach Projektart geben die Praxisbeispiele einen Überblick über unterschiedliche Methoden und Formate. Allen Beispielen gemeinsam ist der Ansatz, Inklusivität anzustreben. Welche Barrieren dabei zu überwinden waren, wie die Initiatoren die Herausforderungen angegangen sind und inwieweit sie damit Erfolg hatten, zeigen die elf folgenden Erfahrungsberichte.

	Seite
Infrastrukturprojekte	
BEISPIEL 1 Feste Fehmarnbeltquerung zwischen Puttgarden und Rødby	30
Umwelt- und Freiraumprojekte	
BEISPIEL 2 Lippepark Hamm: Entwicklung einer ca. 270 Hektar großen Bergbaubrache zum stadtteilübergreifenden Landschaftspark	32
Stadtteilprojekte	
BEISPIEL 3 Perspektiven! Miteinander planen für die Elbinseln: Ko-kreative Entwicklungsplanung für Wilhelmsburg und die Veddel	34
BEISPIEL 4 Bürgercafés im Rahmen des Projekts „nordwärts“ in Dortmund	36
BEISPIEL 5 Bürgerorientierte Quartiersentwicklung in der „Sozialen Stadt“, Berlin-Neukölln	38
BEISPIEL 6 Die Altenessen-Konferenz, Essen	40
BEISPIEL 7 Aufsuchende, quartiersbezogene und aktivierende Bürgerbeteiligung in Freiburg, Mannheim und Pforzheim	42
Stadtkonzeption	
BEISPIEL 8 Bürgerdialog „Nachhaltiges Filderstadt“	44
BEISPIEL 9 Salz & Suppe – Stuttgart im Dialog	46
Jugendprojekte	
BEISPIEL 10 Jugend.Frei.Räume, Frankfurter Nordend	48
BEISPIEL 11 Demokratieführerschein – der Führerschein zum Mitmischen in deiner Stadt	50
BEISPIEL 12 Pimp Your Town! – Nachhaltiges Filderstadt	52
Landesentwicklung	
BEISPIEL 13 Landesweiter Bürgerrat zum Asyl- und Flüchtlingswesen in Vorarlberg (Österreich)	54

BEISPIEL 1

Feste Fehmarnbeltquerung zwischen Puttgarden und Rødby

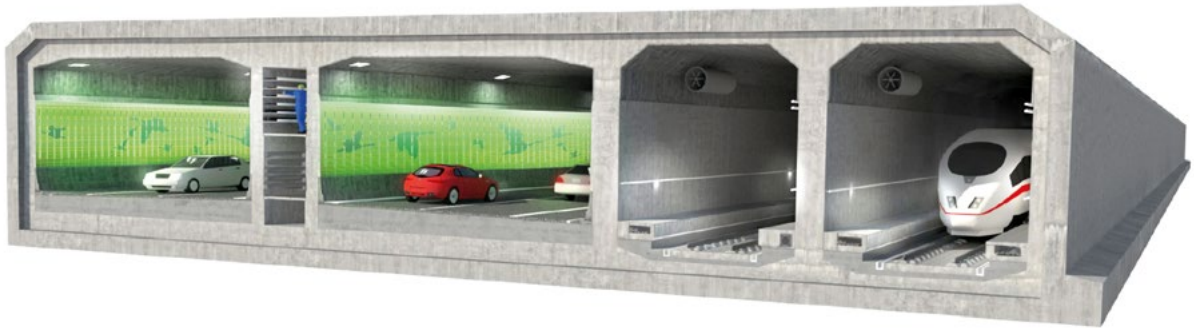
Zwischen Puttgarden auf Fehmarn (Deutschland) und Rødby auf Lolland (Dänemark) soll der sogenannte Fehmarnbelttunnel als kombiniertes Querungsbauwerk mit einer Bahn- und Autobahnverbindung gebaut werden. Die Einwohner der rund um die künftige Baustelle auf der Insel Fehmarn gelegenen Orte wurden zu einem Nachbarschaftstreffen in das Infocenter von Femern A/S in Burg auf Fehmarn eingeladen. Femern A/S ist die zuständige Projektgesellschaft für den Tunnel. Ziel war es, in einer vertrauten Atmosphäre die „Nachbarn“ der künftigen Baustelle über den aktuellen Projektstand zu informieren, ihnen aber auch die Chance zu geben, sich aktiv einzubringen.

Projektart:	Infrastrukturprojekt
Beteiligungsformat:	regelmäßige Nachbarschaftstreffen, jeweils zweistündig
Initiator / Durchführung:	Die staatliche dänische Projektgesellschaft Femern A/S als Vorhabenträger der Festen Fehmarnbeltquerung
Laufzeit der Beteiligung:	seit 2008
Zielgruppe:	Einwohner aus fünf Orten auf der Insel Fehmarn, die in der Nähe der künftigen Baustelle wohnen
Ziel:	direkter Dialog; Information der Bürger über den aktuellen Projektstand; Aufnahme der Wünsche, Sorgen und Ängste
Handlungsspielraum:	Planungsänderungen
Ansprache:	persönliche Einladungen an alle Haushalte per Wurfsendung
Ressourcen:	pro Nachbarschaftstreffen 6-8 Wochen, Personaleinsatz 8 Mitarbeiter, Kosten für Catering
Ansprechpartner:	Stephan Siegert, Femern A/S, Vester Søgade 10, DK-1601 København V, Tel.: +45 20 49 17 45, E-Mail: ssi@femern.dk

Ansatz für breite Beteiligung:

Es sollten diejenigen angesprochen werden, die Interesse an dem Projekt haben (unabhängig davon, ob sie das Projekt befürworten oder ablehnen) und sich informieren sowie einbringen wollen, sich aber nicht trauen, sich in großen Veranstaltungen zu artikulieren. Die Erfahrungen in großen Veranstaltungen haben gezeigt, dass fast ausschließlich die Gegner sprechen, die in Bürgerinitiativen aktiv sind.

Die Nachbarschaftstreffen sollen ein Forum bieten, das jedem ermöglicht, sich zu beteiligen. Bei den Treffen sind keine Medienvertreter zugelassen. Außerdem finden die Treffen immer in kleinen Gruppen mit maximal 30 Teilnehmern statt. Auf diese Weise wird ein „geschützter Raum“ geboten, sodass niemand befürchten muss, ausgegrenzt zu werden.



Anreize zur Teilnahme / Überwindung von Beteiligungshemmnissen:

Die persönliche Ansprache vermittelt eine Wertschätzung gegenüber der einzelnen Person. Zwar muss sich jeder zum Nachbarschaftstreffen im Infocenter der Femern A/S anmelden, allerdings ist der Leiter des Infocenters auf der Insel sehr bekannt, sodass keine Hemmschwellen überwunden werden müssen, und das Wissen um den „geschützten Raum“ hat viele motiviert, sich zum Nachbarschaftstreffen anzumelden.

Für das Treffen wurden ein Sonnabend- und Sonntagnachmittag gewählt. Angeboten werden Kaffee und Kuchen sowie Brötchen und Kaltgetränke. Mehrere Treffen pro Wochenende garantieren, dass jeder Angemeldete zum Zuge kommt. Für jedes Nachbarschaftstreffen wird ein zentrales Thema als „Icebreaker“ angeboten, um den Dialog in Gang zu bringen. Durch das Gespräch kommen automatisch weitere Themen auf, da jeder sich einbringen darf und soll. Das Zeitfenster von zwei Stunden je Treffen hat sich dabei als auskömmlich erwiesen.

Ergebnisse:

Es wurden die Zielgruppen erreicht, die angesprochen werden sollten. Im Schnitt haben rund 50 Personen pro Wochenende das Angebot wahrgenommen. Das sind durchschnittlich 4,3 Prozent der Einwohnerschaft pro Nachbarschaftstreffen.



Fotos: © Femern A/S

BEISPIEL 2

Lippepark Hamm: Entwicklung einer ca. 270 Hektar großen Bergbaubrache zum stadtteilübergreifenden Landschaftspark

Auf einer Industriebrache sollte ein Park entstehen. Ziel war keine von Landschaftsarchitekten und Planern rein nach ästhetischen und funktionalen Aspekten gestaltete Grünanlage, sondern ein echter „Bürgerpark“. Am Ende des breit und dauerhaft angelegten Beteiligungsprozesses mit einem ausgewählten Methodenmix wurden über 100 Projektideen von einem zu diesem Zweck berufenen Bürgerbeirat bewertet, kategorisiert und zum Großteil zur Realisierung empfohlen. So finden sich in der heutigen Gestaltung des Parks vielfach die Ideen aus der Bürgerbeteiligung wieder.

Projektart:	Umwelt- und Freiraumprojekt
Beteiligungsformat:	ausgewählter Methodenmix zur Aktivierung der Bürgerschaft; Bürgerbeirat
Initiator:	Oberbürgermeister der Stadt Hamm
Durchführung:	Stadtplanungsamt
Laufzeit der Beteiligung:	2009 bis 2015
Zielgruppe:	gesamte Bürgerschaft
Ziel:	Gestaltung der Fläche als Bürgerpark; Aktivierung der Bürgerschaft; Einbindung aller Bevölkerungsgruppen
Handlungsspielraum:	Entwicklung und Umsetzung von Projektideen
Ansprache:	breiter Mix aus niederschweligen Informations- und Beteiligungsangeboten; zielgruppenspezifische Ansprache
Ressourcen:	Mitarbeiterin für die gesamte Projektdauer mit 60-70 Prozent der Arbeitszeit für den Partizipationsprozess; 70.000 Euro für Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit; zusätzliche Kosten durch Mitwirkung der beauftragten Planungsbüros an den Beteiligungsverfahren
Ansprechpartner:	Heinz-Martin Muhle, Leiter Stadtplanungsamt, Gustav-Heinemann-Straße 10, 50065 Hamm, Tel.: 0238 / 117 410 0, E-Mail: muhle@stadt.hamm.de

Ansatz für breite Beteiligung:

Durch einen breit und dauerhaft angelegten Beteiligungsprozess sollten sowohl die bürgerschaftliche Basis als auch besondere Zielgruppen angesprochen

und eingebunden werden, um Anregungen, Bedenken und konkrete Projektideen aufzurufen und frühzeitig eine nutzerorientierte Optimierung des späteren Parks und seiner Angebote zu ermöglichen.

Jugendliche gestalteten das Funsportareal, pensionierte Bergleute den Erinnerungsort an die Bergbauvergangenheit. Kirchengemeinden und Moscheen wirkten an der Ausgestaltung des interreligiösen Begegnungsortes im Park mit, und Senioren gaben Anregungen zur Höhe von Bänken und zur barrierefreien Gestaltung von Wegen und Rampen.

Anreize zur Teilnahme / Überwindung von Beteiligungshemmnissen:

Der Bürgerbeirat – per Ratsbeschluss institutionalisiert – hat die bürgerschaftliche Basis angesprochen. Er war besetzt mit Multiplikatoren der betroffenen Stadtbezirke. Den Vorsitz führte der gesellschaftlich breit akzeptierte ehemalige Bezirksvorsteher. Niederschwellige Informations- und Beteiligungsangebote wie Infostände auf dem Wochenmarkt oder am Rande von Veranstaltungen und Bürgerversammlungen boten Möglichkeiten zum Einzelgespräch. Angesprochen werden sollten insbesondere die eher „leisen“ und nicht beteiligungsgeübten Bürger.

Kinder und Jugendliche wurden spezifisch angesprochen (Ferienspaß, Jugendcamps etc.). Menschen mit Migrationshintergrund, unterschiedlicher Religionen und kultureller Vielfalt, die in den Arbeitersiedlungen rund um die ehemaligen Bergbauflächen überdurchschnittlich stark vertreten sind, wurden ebenso gezielt angesprochen wie Menschen mit Behinderung und lebensältere Menschen. Kulturelle Hemmnisse konnten durch Moderatoren überwunden werden, die möglichst neutral und wertfrei die verschiedenen Interessen ausglich. Unpopuläre oder negative Entscheidungen und Rahmenbedingungen wurden von den Verwaltungsakteuren ehrlich kommuniziert. Personelle Kontinuität unterstützte den Vertrauensaufbau.

Ergebnisse:

Die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen wurde außergewöhnlich gut eingebunden. Dabei spielten die intensive Einbindung des ansässigen Jugendzentrums sowie die angemessenen Beteiligungsformate sicher eine große Rolle. Ebenso außergewöhnlich gut funktionierte der Bürgerbeirat als dauerhaftes Beteiligungsgremium für die „allgemeine Bürgerschaft“. Aufgrund des dauerhaften, zeitintensiven Beteiligungsprozesses waren hier allerdings viele ältere, nicht mehr berufstätige Menschen vertreten. Junge Familien konnten nur schwer angesprochen werden.

Schwierig gestaltete sich auch die Einbindung von Jugendlichen und Frauen mit Migrationshintergrund – hier waren mehrheitlich erwachsene Männer in den Beteiligungsverfahren vertreten. Dies müsste man bei zukünftigen Partizipationsprozessen optimieren.

Insgesamt wurden mehrere hundert Menschen über die verschiedenen Beteiligungsverfahren angesprochen. Zudem waren etwa 30 Personen dauerhaft im Beirat aktiv.



Fotos: © Stadt Hamm, Stadtplanungsamt

BEISPIEL 3

Perspektiven! Miteinander planen für die Elbinseln: Ko-kreative Entwicklungsplanung für Wilhelmsburg und die Veddel

In einer bislang für Hamburg einmaligen Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft startete im Stadtteil Wilhelmsburg im September 2013 der Planungsprozess „Perspektiven! Miteinander planen für die Elbinseln“. In diesem Verfahren hatten sich Akteure der Elbinseln dafür ausgesprochen, die bisher vorrangig auf die baulich / räumliche Ebene bezogenen Entwicklungsperspektiven mit Aussagen zur sozial-räumlichen Entwicklung der Elbinseln zu ergänzen. Hierfür sollte ein durch lokale Institutionen und Akteure selbst gesteuerter Prozess in Gang gesetzt werden.

Projektart:	Stadtteilentwicklungskonzept
Beteiligungsformat:	dialogorientierte Bürgerbeteiligung in Arbeitsgruppen
Initiatoren:	Stiftung Bürgerhaus Wilhelmsburg, Bezirksamt Hamburg Mitte (Baudezernat), Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Landesplanungsamt)
Durchführung:	Stiftung Bürgerhaus Wilhelmsburg im Auftrag des Bezirksamts Hamburg-Mitte
Laufzeit der Beteiligung:	seit 2013
Zielgruppe:	Bevölkerung der Elbinseln (50.000 Einwohner)
Ziel:	Bürgerbeteiligung bei der Formulierung des Zukunftsbildes Elbinseln 2013+ und der Planung nachfolgender Entwicklungsmaßnahmen auf dessen Grundlage
Handlungsspielraum:	Bürgergutachten mit Übergabe an Senatorin; Impulse und Anregungen für das Rahmenkonzept „Hamburgs Sprung über die Elbe – Zukunftsbild 2013+“ (Bürgerschaftsdrucksache 20/13206)
Ansprache:	Aufsuchende Gespräche; persönliche Einladung; Medienberichte; Flyer; Plakate; Mailings
Ressourcen:	ca. 100.000 € für die Durchführung des Verfahrens (Verfahrensbetreuung, Veranstaltungen, Fokusgruppeninterviews, Milieu- und Netzwerkanalysen, Öffentlichkeitsarbeit, Veröffentlichung)
Ansprechpartner:	Claudius Lieven, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Tel.: 040 / 4284 00, E-Mail: claudius.lieven@bsw.hamburg.de

Ansatz für breite Beteiligung:

Ziel der Beteiligung war ein Bürgergutachten zum Entwurf des Zukunftsbildes Elbinseln 2013+. Es ging darum, die Grundlinien dieses Entwicklungskonzepts mit der Bevölkerung zu erörtern und Impulse zu erhalten zur Wohnungsbauentwicklung, zur Freiraumentwicklung, zum Fahrradverkehr, zu sozialer Infrastruktur, zum Zusammenleben und zur lokalen Ökonomie.

Adressat war die Bevölkerung der Elbinseln insgesamt. Da der überwiegende Teil der Einwohner einen Migrationshintergrund hat und / oder sozioökonomisch schwächer gestellt ist, stand die Aktivierung dieser Gruppen besonders im Fokus. Schließlich sollten Jugendliche einbezogen werden, da die Bevölkerung auf den Elbinseln überdurchschnittlich jung ist.

Nach der Verabschiedung des Zukunftsbildes durch den Senat im Oktober 2014 wurde die Beteiligung bei der Planung von zwei Wohnquartieren fortgesetzt. Derzeit läuft ein Beteiligungsverfahren zum Bau der A26 Ost. Die Beteiligung wird voraussichtlich bis zum Abschluss der größeren Entwicklungsmaßnahmen auf den Elbinseln (ca. 2025) fortgesetzt.

Anreize zur Teilnahme / Überwindung von Beteiligungshemmnissen:

Um die heterogene Bevölkerung (60 Prozent Migrationshintergrund) so breit wie möglich anzusprechen, wurden Milieu- und Stakeholder-Analysen durchgeführt, Fokusgruppen befragt, eine Vielzahl aufsuchender Formate durchgeführt und Multiplikatoren aktiviert.

Aus den Analysen wurden drei Haupt-Zielgruppen ermittelt (Moderne Milieus in prekären Lebensumständen, Kreative und Experimentalisten, Wertkonservative Migranten), die größtmäßig relevant und über die etablierten Netzwerke und Strukturen schwer zu erreichen sind. Die Teilnehmer an den milieuspezifisch zusammengesetzten Fokusgruppeninterviews erhielten eine Aufwandsentschädigung.

In der Folge warben Multiplikatoren (z. B. Vorsitzende von Moschee-Vereinen, lokale Aktivisten der Kreativszene) für eine Beteiligung. Zur Auftaktveranstaltung lud der Ortsamtsleiter 1.000 zufällig ausgewählte Einwohner persönlich ein. Anschließend gab es themenspezifische Gesprächsrunden und 25 aufsuchende Stadtteilgespräche.



Foto: © Bürgerhaus Wilhelmsburg

Ergebnisse:

An den Fokusgruppen-Interviews nahmen ca. 60 Personen teil. Die Stadtteilgespräche erreichten 224 Personen. In den zwölf Themengruppen nahmen 382 Menschen an insgesamt 82 Arbeitssitzungen teil, viele davon mehrmals. Zu zwölf öffentlichen Informationsveranstaltungen mit Experten kamen über 1.000 Menschen.

Das Bürgergutachten wurde für die Erstellung des Rahmenkonzepts „Hamburgs Sprung über die Elbe – Zukunftsbild Elbinseln 2013+“ ausgewertet. Der Stadtentwicklungsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft realisierte im Nachgang eine öffentliche Anhörung (ca. 80 Teilnehmer).

Im Anschluss an das Hauptverfahren führte das Bezirksamt Hamburg Mitte im Herbst 2014 zwei Veranstaltungen zur bezirklichen Auswertung des Bürgergutachtens durch (jeweils ca. 80 bis 100 Teilnehmer). Im April 2016 fand eine weitere „Inselkonferenz“ zur Gesamtentwicklung statt (ca. 100 Teilnehmer).



Foto: © Klinkenberg Communications

BEISPIEL 4

Bürgercafés im Rahmen des Projekts „nordwärts“ in Dortmund

„nordwärts“ ist ein Zehn-Jahres-Projekt, das die Stärken der nördlichen Stadtbezirke Dortmunds in den Fokus der Öffentlichkeit rücken soll. Ziel ist die Harmonisierung der Lebensqualität in der Gesamtstadt. Die „Bürgercafés“ sind zentraler Baustein der „nordwärts“-Beteiligungsverfahren. In jedem der sieben beteiligten Dortmunder Stadtbezirke wurde in den Bürgercafés über den aktuellen Projektstand informiert, es wurden Möglichkeiten zum Feedback gegeben und innovative Ideen aufgegriffen.

Projektart:	Stadtteilprojekt
Beteiligungsformat:	Bürgercafés
Initiatoren/ Durchführung:	Koordinierungsstelle „nordwärts“, Ombudsstelle für Bürgerinteressen im Amt des Oberbürgermeisters und des Rates der Stadt Dortmund
Laufzeit der Beteiligung:	7 Monate
Zielgruppe:	Bewohner der jeweiligen Stadtteile; zum Teil spezifische Zielgruppen wie z. B. Migranten
Ziel:	Information und Feedback der Bürger; Anregungen und Ideen; Vernetzung lokaler Akteure
Ansprache:	Pressearbeit, Ansprache durch Multiplikatoren, Information der Familien-Seniorenbüros, Jugendzentren etc., Einladung repräsentativ ausgewählter Bürger durch den Oberbürgermeister, Social Media
Ressourcen:	eine Mitarbeiterin für ca. 2 Personenmonate in der Vorbereitung; Raummiete, Bewirtung und Materialien
Ansprechpartnerin:	Michaela Bonan, Stadt Dortmund, Leiterin der Koordinierungsstelle „nordwärts“, Tel.: 0231 / 50-27490, E-Mail: michaela.bonan@stadtdo.de

Ansatz für breite Beteiligung:

Themen, die für den jeweiligen Stadtbezirk wichtig sind und im „nordwärts“-Projekt bereits zur Sprache kamen, sollten vertieft werden. Weitere Ziele waren, Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen,

lokale Akteure zu vernetzen, ein Mitmachgefühl zu vermitteln und die Identifikation mit dem „nordwärts“-Projekt und Einzelprojekten zu stärken. Der Kreis der Teilnehmer und damit das individuelle Format des jeweiligen Bürgercafés bestimmen sich nach den Besonderheiten des Stadtbezirks.

Anreize zur Teilnahme / Überwindung von Beteiligungshemmnissen:

Das gewählte Format bietet den Menschen verschiedene, den Kompetenzen und den Wünschen der Menschen angepasste Möglichkeiten, ihre Meinung kundzutun und Inputs zu geben. Die breite Ansprache, die Auswahl interessanter Orte und das Kaffeehausflair haben sich bewährt.

Das „Bürgercafé“ ist ein echtes Café. Es gibt Kaffee, Tee, Kaltgetränke und Kekse an einem zentralen, für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gut erreichbaren Ort. Das Zeitfenster ist zwei bis zweieinhalb Stunden am späten Nachmittag. Als Veranstaltungsorte dienen Moschee, türkisches Zentrum, Kino, Supermarkt, Schwimmbad, Eishalle etc.

Ergebnisse:

Je nach Ort wurden fast alle Zielgruppen eingebunden. Schwierig war die Ansprache der Jugendlichen. Im Durchschnitt haben 60 Personen mitgewirkt. Die Ergebnisse waren seitens der Organisatoren sehr zufriedenstellend, das Feedback der Bürger war positiv. Einige Bürger wurden zur weiteren Beteiligung im Gesamtprojekt gewonnen.



Fotos: © Gaye Suse Kromer

BEISPIEL 5

Bürgerorientierte Quartiersentwicklung in der „Sozialen Stadt“, Berlin-Neukölln

Im Berliner Stadtteil Neukölln beteiligten sich die Bürger an der Entwicklung ihres Quartiers. In einem Quartier ging es darum, ein Integriertes Handlungskonzept (IHEK) für die kommenden Jahre fortzuschreiben. In einem anderen Quartier sollte eine neue Anlaufstelle für das auslaufende Quartiersmanagement konzipiert, öffentlich ausgeschrieben und beauftragt werden. Eine breit aufgestellte Bürgerjury erhielt für ihre Vorschläge die Zustimmung der zuständigen Bezirks- und Senatsdienststellen. Dank innovativer Methoden wurde in beiden Fällen eine breite, inklusive Beteiligung erreicht.

Projektart:	Stadtteilprojekt
Beteiligungsformat:	Beteiligungs- und Dialogverfahren; Bürgerjury
Initiatoren:	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin (Soziale Stadt) und Bezirksverwaltung Neukölln
Durchführung:	vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
Laufzeit der Beteiligung:	jeweils 3 Monate
Zielgruppe:	Quartiersbevölkerung
Ziel:	Fortschreibung des Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzeptes für das Quartiersmanagement Flughafenstraße; Ausschreibung, Bewerberauswahl und Vergabe einer verstetigten Anlauf- und Koordinierungsstelle für das Quartier Reuterplatz
Handlungsspielraum:	Beschlussempfehlung
Ansprache:	aufsuchende Gespräche; Fokusgruppen-Interviews
Ansprechpartner:	Dr. Thomas Kuder, Seniorwissenschaftler, vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung, Fritschestr. 27 /28, 10585 Berlin, Tel.: 030 / 390473-470 , E-Mail: tkuder@vhw.de

Ansatz für breite Beteiligung:

Die zwei Beteiligungs- und Dialogverfahren waren verbunden mit dem Anspruch, in fairen, gleichberechtigten Dialogprozessen ein hohes Maß an Inklusion bei beteiligungsfernen Gruppen zu erzielen.

Im Verfahren Flughafenstraße galt neben einer generell angestrebten breiten Beteiligung der gesamten Quartiersbevölkerung die besondere Aufmerk-

samkeit der Einbeziehung religiös verwurzelter, traditionell orientierter Migranten sowie jüngerer, sozial schwächer gestellter Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Im Verfahren Reuterplatz bestand das Ziel insbesondere darin, eine sieben- bis elfköpfige Bürgerjury zu berufen, die möglichst einem repräsentativen Querschnitt der Milieuverteilung im Quartier nahekommt. Die Jury sollte durch umfassende Information und



Fotos: © Dr. Thomas Kuder

hochwertige Diskussionsprozesse in die Lage versetzt werden, zu einem qualitativ hochwertigen, gut begründeten Ergebnis als Beschlussempfehlung für Senat und Bezirk zu gelangen.

Anreize zur Teilnahme / Überwindung von Beteiligungshemmnissen:

Im Quartier Flughafenstraße wurden Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund aus dem Neuköllner Projekt „Stadtteilmütter“ vom vhw in Interviewführung geschult, bevor sie eigenständig – im Sinne von Kulturdolmetscherinnen – zahlreiche aufsuchende Interviews durchgeführt haben. Zudem wurde mit acht Jugendlichen einer beliebten lokalen Jugendeinrichtung ein Fokusgruppen-Gespräch organisiert. Auf diese Weise fanden die Einstellungen, Wünsche und Bedarfe der Befragten Eingang in das gemeinsam mit den Bürgern diskutierte und abschließend per TED elektronisch abgestimmte Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzept zur Flughafenstraße.

Im Quartier Reuterplatz wurden ebenfalls die Bedarfe, Wünsche und Wertvorstellungen der eher beteiligungsfernen sozialen Milieus untersucht und ein ausführliches Fokusgruppen-Gespräch mit jungen Mädchen durchgeführt. Zudem konnte mithilfe einer Netzwerkanalyse die Struktur sozialer Netzwerke im Quartier transparent gemacht werden, um nicht

eingebundene Einrichtungen noch besser ansprechen, erreichen und einbeziehen zu können. Eine die Vielfalt der Bewohnerschaft widerspiegelnde, neunköpfige Jury aus Bürgern mit und ohne Vorwissen wirkte an den Ausschreibungsunterlagen (Stellenprofil) mit, traf eine begründete Bewerberauswahl und verfasste eine Beschlussempfehlung. Das offiziell verantwortliche Entscheidungsgremium folgte später der Beschlussempfehlung.

Ergebnisse:

Überwunden wurde insbesondere die nicht-repräsentative Beteiligung artikulationsstarker Gruppen und die Nicht-Einbeziehung der „schweigenden Mehrheit“. Neben der Einbeziehung einer breiten Vielfalt von Bürgern konnten insbesondere religiös verwurzelte, traditionell orientierte und bürgerliche Migranten unterschiedlicher ethnischer Herkunft sowie sozial schwächer gestellte Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund einbezogen werden. Für die neunköpfige Bürgerjury konnten ältere und jüngere Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und mit unterschiedlichem sozialem Status rekrutiert werden. Die Jury spiegelte annähernd die Milieuverteilung im Quartier wider und entsprach dem hohen Anspruch einer möglichst inklusiven Zusammensetzung.

BEISPIEL 6

Die Altenessen-Konferenz, Essen

Die Konferenz ist ein für alle Bürger offenes Forum zum öffentlichen Meinungsaustausch über Angelegenheiten des Stadtteils Altenessen in Essen. Eine Vorbereitungsgruppe aus 26 Bürgern organisiert die jeweiligen Veranstaltungen. Der institutionalisierte Meinungsaustausch ist Teil der Stadtteilmoderation im Rahmen des Essener Modells Quartiermanagement.

Projektart:	Stadtteilprojekt
Beteiligungsformat:	Kommunikationsplattform (World-Café-Methode)
Initiator / Durchführung:	Vorbereitungsgruppe mit rund 25 Personen aus Vereinen, Kirchengemeinden und Bürgerschaft
Laufzeit der Beteiligung:	seit 2012 zwei Mal jährlich
Zielgruppe:	Quartiersbevölkerung
Ziel:	Lebensqualität im Stadtteil erhöhen; Dialog zwischen Bürgern und Verwaltung anregen; Bürgerschaftliche Aktivitäten anregen und unterstützen
Ansprache:	E-Mail-Verteiler, Plakate, örtliche Medien
Ressourcen:	ehrenamtliches Engagement der Bürger
Ansprechpartner:	Tanja Rutkowski und Andrea Tröster, Universität Duisburg-Essen, Institut für Stadtteilentwicklung, sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB), Universitätsstr. 2, 45141 Essen, Tel.: 0201 / 183-279, E-Mail: issab@uni-due.de

Ansatz für breite Beteiligung:

Die Altenessen-Konferenz ist eine Kommunikationsplattform von Bürgern für Bürger. Ziel ist, Lebensqualität im Stadtteil zu erhalten, zu verbessern und zu schaffen. Bürger sollen miteinander über die Entwicklung des Stadtteils ins Gespräch kommen, ihre Anliegen an Politik und Verwaltung herantragen, Aktivitäten im Stadtteil planen, Ideen für Veränderungen zusammentragen und so den Stadtteil aufwerten. Getragen wird die Stadtteilkonferenz von Interessengemeinschaften, Kirchengemeinden, Migrantenvereinen und einzelnen Bürgern. An Sitzungen der Vorbereitungsgruppe nehmen regelmäßig Vertreter der Verwaltung teil.

Anreize zur Teilnahme / Überwindung von Beteiligungshemmnissen:

In der Auftaktveranstaltung (erste Konferenz) wurden mit der World-Café-Methode alle 350 Besucherinnen und Besucher in eine Sammlung der relevanten Themen des Stadtteils einbezogen. Dies stellte die Ausgangslage für die Entwicklung einer Agenda für den Stadtteil dar, die nach wie vor die Grundlage für die Themen der jeweiligen Altenessen-Konferenz ist. Somit ist sichergestellt, dass sich jede Konferenz an einem Interesse orientiert, das aus der Bürgerschaft selbst stammt.



Fotos: © Annegret Böckenholt

Jede Konferenz besteht aus einem Informationsteil (durch städtische Fachämter und Institutionen) und einem Diskussionsteil (in Kleingruppen, moderiert durch Mitglieder der Vorbereitungsgruppe). Vielen Teilnehmern fällt es in kleineren Gruppen leichter, sich zu Wort zu melden. Alle Fragen und Ergebnisse aus den Kleingruppen werden protokollarisch festgehalten und auf der Internet-Seite veröffentlicht.

Ergebnisse:

An den Altenessen-Konferenzen nehmen regelmäßig zwischen 150 und 350 Bürgerinnen und Bürger teil. Im Schwerpunkt werden Deutschstämmige im mittleren bis hohen Alter erreicht. Bürger mit Migrationshintergrund, Jugendliche und junge Erwachsene sind im Durchschnitt deutlich weniger vertreten. Diese

Personengruppen werden aber in den daraus resultierenden Folgeaktivitäten und Kleingruppen besser erreicht. Als schwierig erweist sich die Teilnehmerzahl: Aufgrund beschränkter Raumkapazitäten sind maximal vier Kleingruppen möglich, mit jeweils rund 50 Teilnehmern. Der Zeitrahmen von zwei Stunden führt dazu, dass die Diskussionen nicht immer so tiefgründig und ausführlich sein können, wie es manchmal wünschenswert und notwendig wäre.

BEISPIEL 7

Aufsuchende, quartiersbezogene und aktivierende Bürgerbeteiligung in Freiburg, Mannheim und Pforzheim

Das Land Baden-Württemberg hat die Städte Pforzheim, Mannheim und Freiburg als Modellstandorte ausgewählt, um mit zufällig ausgewählten Bürgern, die bislang von „der Politik“ nicht ausreichend gehört werden, neue Wege zur Beteiligung für das Zusammenleben im jeweiligen Stadtteil zu gehen. Die Dialoge mit den Politikern stützten sich auf das Prinzip des Zuhörens und Gehörtwerdens sowie auf einen Austausch auf Augenhöhe.

Projektart:	Stadtteilprojekte
Beteiligungsformat:	Nachbarschaftsgespräche
Initiatorin:	Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Baden-Württemberg
Durchführung:	Kommunen / Stadtteilinitiativen
Laufzeit der Beteiligung:	April bis Juli 2017
Zielgruppe:	Quartiersbevölkerung
Ziel:	Austausch zwischen Politik und Bevölkerung
Ansprache:	aufsuchende Gespräche; Einladung durch die Verwaltungsspitze
Ressourcen:	jeweils 10.000 Euro Zuschuss aus Budget der Staatsrätin
Ansprechpartner:	Hannes Wezel, Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Richard-Wagner-Str. 15, 70814 Stuttgart, Tel.: 0711 / 2153628, E-Mail: hannes.wezel@stm.bwl.de

Ansatz für breite Beteiligung:

Nachbarschaftsgespräche fördern Nähe, Beziehung, Empathie, Engagement und Mitgestaltung. Denn die Beteiligten erleben das Gemeinschaftliche in ihrem vertrauten Sozialraum. Dort sind die Bürger nicht nur Zuhörer, sondern Akteure und sogar Gastgeber. Deshalb wurden Orte mit hohem Vertrautheitspotenzial wie Mehrgenerationenhäuser, Stadtteilzentren, Schulen oder Kindergärten gewählt. Der persönliche Bezug zu den Orten kann Sicherheit geben, Teilhamebarrieren abbauen und somit breite Beteiligung fördern.

Anreize zur Teilnahme / Überwindung von Beteiligungshemmnissen:

In allen drei Modellstandorten wird das Prinzip der „Zufallsbürger“ angewandt. Das bedeutet, dass die Beteiligung sogenannter „stiller Gruppen“ wie Frauen, Ältere, Migranten oder Jugendliche, systematisch organisiert wird. Dafür braucht es aufsuchende Formate. Die zufällig ausgewählten Stadtteilm Bewohner treffen sich an ihnen bekannten und vertrauten Orten in ihrem Quartier.

Durch die Zufallsauswahl entstand eine gewisse Exklusivität, bei diesem Prozess dabei sein zu dürfen. Dem Prozess wurde ein sehr wertschätzender



Fotos: © Staatsministerium Baden-Württemberg

Rahmen gegeben: Einladung durch die Verwaltungsspitze, Verpflegung, Kinderbetreuung, Fahrtkostenerstattung und die Möglichkeit, seine Anliegen der Politik vorzutragen zu dürfen.

Ergebnisse:

In Freiburg / Weingarten fand über fünf Monate eine aufsuchende Quartierskampagne statt. Die unterschiedlichen Formate der Begegnungen wurden gut angenommen. Dazu zählten etwa Hausbesuche, Gespräche vor dem Supermarkt und ein gemeinsames Picknick im Park.

In Mannheim trafen sich zufällig ausgewählte Bürger und Vertreter der Bürgervereine zu einem Themenabend rund ums Einkochen – und kamen darüber ins Gespräch, wie sich das Zusammenleben im Stadtteil gestaltet. Das Format wurde generationenübergreifend gut angenommen.

In Pforzheim trafen sich in vier Stadtteilen jeweils zwölf ausgeloste Bürger und fünf Vertreter von Bürgervereinen. In sechs Treffen formulierten die sich bis dahin fremden Nachbarn Wünsche für das Zusammenleben und tauschten sich mit Verwaltungsmitarbeitern aus. Alle Teilnehmer erhielten anschließend von der Verwaltung persönliche, qualifizierte Rückmeldungen. Die Ergebnisse wurden dem Gemeinderat in öffentlicher Sitzung vorgestellt.

In allen drei Städten hat sich die persönliche Begegnung, der Sozialraumbezug und die aktivierende, handlungsbezogene Beteiligung als großes Plus erwiesen. An allen Standorten wurden Folgeprojekte vereinbart.

BEISPIEL 8

Bürgerdialog „Nachhaltiges Filderstadt“

Im Dialog zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung hat sich Filderstadt auf den Weg gemacht zur Nachhaltigen Mobilität. Vor dem Hintergrund der sich wandelnden, individuellen Mobilitätsbedürfnisse verschiedener Zielgruppen und sich verändernden Rahmenbedingungen sollte mithilfe eines intensiven Bürgerdialogs eine Grundlage für die künftige Verkehrsplanung in Filderstadt geschaffen werden.

Projektart:	Stadtkonzeption
Beteiligungsformat:	Beteiligungs- und Dialogverfahren
Initiator / Durchführung:	Stadtverwaltung und Gemeinderat Filderstadt
Laufzeit der Beteiligung:	insgesamt 18 Monate (2015 bis 2016)
Zielgruppe:	Gesamtbevölkerung Stadt Filderstadt
Ziel:	Grundlage für die künftige Verkehrsplanung (Nachhaltige Mobilität) in Filderstadt vor dem Hintergrund der sich wandelnden individuellen Mobilitätsbedürfnisse verschiedener Zielgruppen und sich verändernder Rahmenbedingungen
Handlungsspielraum:	Beratung und Bewertung
Ansprache:	Zufallsauswahl aus der Einwohnermeldedatei, persönliche Einladungen durch den Oberbürgermeister
Ansprechpartner:	Thomas Haigis, Referent für Bürgerbeteiligung, Stadtverwaltung Filderstadt, Martinstr. 5, 70794 Filderstadt, Tel.: 0711 / 7003375, E-Mail: thaigis@filderstadt.de

Ansatz für breite Beteiligung:

Das Thema Verkehr ist seit Jahren das zentrale Problem in Filderstadt. Die gesamte Bevölkerung ist stark daran interessiert, dass schnell umfassende Lösungen gefunden und umgesetzt werden. Die Herausforderung für den Bürgerdialog war, alle Interessengruppen gleichwertig zu berücksichtigen und sie ihren Kommunikationsgewohnheiten gemäß zu kontaktieren. Mit der vorbereitenden und niederschweligen Ansprache über eine Vielzahl von Kommunikationskanälen und den Einladungsverfahren ist das gelungen. Entscheidend waren auch unterschiedliche Moderationsmethoden – in der Regel in Kleingruppen mit maximal 20 Teilnehmern. Dadurch konnten auch beteiligungsungewohnte Bürger gut in den Beteiligungsprozess eingebunden werden.

Anreize zur Teilnahme / Überwindung von Beteiligungshemmnissen:

Zur Vorbereitung des eigentlichen Bürgerdialogs kamen unterschiedliche Kommunikationswege zur Anwendung: niederschwellige und vorbereitende Stadtteilspaziergänge in allen Quartieren, Postkartenaktionen an alle Haushalte mit gutem Rücklauf, eine Haushaltsbefragung zum Mobilitätsverhalten und eine Auftaktveranstaltung mit Vorträgen und Diskussionen mit Mobilitätsexperten.

Anschließend wurden in der Stufe 1 der dialogorientierten Bürgerbeteiligung 500 Zufallsbürger nach Sinus Sozialmilieukategorien eingeladen. Per Gewichtung der Einladungen wurde das in der Regel bestehende Ungleichgewicht der Teilnahmebereit-

schaft verschiedener Milieus ausgeglichen. Aus Traditionellen Milieus etwa wurden doppelt so viele Bürger eingeladen wie aus Leitmilieus. Für die zwei in Filderstadt stets stark unterrepräsentierten Gruppen – Jugendliche und Menschen mit Migrationshintergrund – bot die Stadt außerdem gesonderte Veranstaltungen mit entsprechend angepassten Formaten an.

Zur Stufe 2 wurde konventionell öffentlich über die Presse eingeladen. Eine Milieuauswertung erfolgte dort nicht mehr. Zu den Themenfeldern gab es Expertenimpulse und Kleingruppendialoge, die entweder von Bürgern der Stufe 1 oder von Verwaltungsmitarbeitern moderiert wurden. Führungskräfte kamen als Kleingruppenmoderatoren nicht zum Einsatz, da es diesen meist schwerfällt, eine neutrale Position zu beziehen und sie in eine Rechtfertigungsrolle gedrängt werden können.

Ergebnisse:

Durch intensive Vorbereitung und Kommunikation, die persönliche Einladung zufallsausgewählter Bürger durch den Oberbürgermeister und die allen Bevölkerungsgruppen gerecht werdenden Beteiligungsformate und Moderationsmethoden ist es gelungen, eine hohe Anzahl von Bürgern für den Dialog zum Mobilitätsentwicklungsplan zu gewinnen.

In Stufe 1 kamen 23 Teilnehmer zum Vorbereitungsworkshop; das entspricht einer Beteiligungsquote von 4,6 Prozent. Die Milieuverteilung aus „Traditionellen Milieus“, Milieus der „Bürgerlichen Mitte“ und „Leitmilieus“ entsprach annäherungsweise der Verteilung der Gesamtbevölkerung. Somit waren sowohl die gewünschte Repräsentativität als auch die Perspektivenvielfalt zum Thema Mobilität zur Vorbereitung des nachfolgenden öffentlichen Workshops gewährleistet. In der Stufe 2 nahmen 110 Bürgerinnen und Bürger teil.

Die Bürgerschaft hatte durch das zweistufige Vorgehen direkten Einfluss auf die inhaltliche Ausprägung der Themen des öffentlichen Workshops. Bemerkenswert ist, dass vor allem die Themenfelder Parken und Verkehr in den Wohngebieten eine wesentlich stärkere Rolle spielten, als die Planer des Mobilitätsentwicklungsplanes dies zuvor eingeschätzt hatten. Dadurch gelang es, eine hohe Qualität der Ergebnisse zu erreichen, die Ergebnisse zu legitimieren, die unterschiedlichen Haltungen und Bedürfnisse zur Mobilität aufzunehmen und die Betroffenen mit den Fachplanern und der Verwaltung zusammenzuführen.

Nach wie vor ist jedoch die Ansprache von Jugendlichen und Menschen mit Migrationshintergrund nicht zufriedenstellend. Es müssen hier noch weitere und passende Ansätze zur Steigerung der Beteiligungschancen gefunden werden.



Foto: © Dr. Thomas Kuder

BEISPIEL 9

Salz & Suppe – Stuttgart im Dialog

Mit dem Projekt Salz & Suppe startete die Stadt Stuttgart eine innovative Form der Bürgerbeteiligung: An Stuttgarter (Ess-)Tischen wurden stadtweit Dialoge über soziale, kulturelle und räumliche Grenzen hinweg initiiert. Die Themen bestimmen die Teilnehmer selbst: von der Integration von Flüchtlingen bis zur Situation auf dem Wohnungsmarkt.

Projektart:	Stadtkonzeption
Beteiligungsformat:	Beteiligungs- und Dialogverfahren
Initiator:	Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung der Landeshauptstadt Stuttgart
Durchführung:	Initiator in Kooperation mit dem externen Büronetzwerk „Studio Dos“ aus Stuttgart und einem interdisziplinären Projektteam
Laufzeit der Beteiligung:	November 2014 bis Ende 2017
Zielgruppe:	Gesamtbevölkerung Stadt Stuttgart
Ziel:	Beiträge für besseres Zusammenleben, Demokratieförderung, neue Ideen zur Stadtentwicklung
Handlungsspielraum:	Beratung, Ideensammlung, Umsetzung
Ansprache:	Pressearbeit, soziale Medien, aufsuchende Methoden
Ansprechpartner:	Ulrich Dilger und das Projektteam Salz & Suppe Landeshauptstadt Stuttgart, Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung, Abteilung Stadtentwicklung, Tel.: 0711 / 216 20046, E-Mail: ulrich.dilger@stuttgart.de

Ansatz für breite Beteiligung:

Das Projekt Salz & Suppe bot allen interessierten Stuttgartern die Möglichkeit, sich mit ihrer Persönlichkeit und ihren individuellen Erfahrungen in einen Dialog über die Stadt einzubringen. Das Beteiligungsformat waren Quartierskochrunden, zu denen jeweils sechs Bürger zusammenkamen. Sie repräsentierten ganz unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, vom Manager über den Flüchtling und den Alleinerziehenden bis hin zum Studenten.

Eingerahmt von einer Auftakt- und Abschlussveranstaltung wurde in mehreren Runden in entspannter Atmosphäre über aktuelle stadtbezogene Herausforderungen gesprochen. Ein Teilnehmer lud als Gastgeber zu einem Essen im privaten Rahmen ein. Auch öffentliche Orte mit Küche im Stadtteil standen zur Verfügung.

Für die Kochgruppen standen folgende Leitthemen zur Auswahl: Integration und Zuwanderung; (Bezahlbarer) Wohnraum; Öffentlicher Nahverkehr; Zusammenleben von Jung und Alt; Freizeit und Erholung in der Stadt sowie Gesundes urbanes Leben.



Fotos: © Martin Braun / Stadt Stuttgart / andreas-kunz.photo

Zielgruppe war die Stadtbevölkerung in ihrer ganzen Vielfalt. Gezielt sollten Menschen erreicht werden, die über konventionelle Beteiligungsverfahren nicht oder nur sehr begrenzt aktiviert werden können.

Anreize zur Teilnahme / Überwindung von Beteiligungshemmnissen:

Als Motivation stand ein persönlicher Mehrwert für die Teilnehmer im Vordergrund: Menschen aus der Nachbarschaft kennenlernen, gemeinsames Kochen, Gastgeberrolle ausfüllen, sich aktiv in die Stadtentwicklung einbringen.

Zunächst wurden gezielt unterschiedliche, zielgruppenorientierte Kanäle zur Teilnehmergewinnung genutzt. Neben der klassischen Pressearbeit wurde das Format über soziale Medien und aufsuchende Ansprache beworben. Einfache und attraktive Grafiken im Comic-Stil sind zudem ein Kernelement von Salz & Suppe.

Gewissermaßen als Katalysator und universelles Bindeglied wurde das gemeinsame Kochen und Essen in Kleingruppen eingesetzt. Über diesen Einstieg und mehrere Diskussionsabende bei den Teilnehmern zuhause im eigenen Wohnzimmer wurde quasi „nebenbei“ der soziale Zusammenhalt zwischen ganz unterschiedlichen und zunächst fremden Menschen geschaffen.



Ergebnisse:

Wie die wissenschaftliche Evaluation zeigt, ist der Ansatz von Salz & Suppe aufgegangen. Die Bereitschaft zur Teilnahme wie auch die Zufriedenheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war extrem hoch. Menschen aus allen Gesellschaftsbereichen wurden mit dem Projektansatz erreicht.

Auf 54 Plätze in stadtweit neun Gruppen bewarben sich in Stuttgart 286 Menschen. Alle Gruppen konnten milieuübergreifend besetzt werden. Viele Teilnehmer hatten sich zuvor noch nie in einen Partizipationsprozess eingebracht. Alle Gruppen blieben (über mehrere Wochen und insgesamt vier Abende, manche darüber hinaus) stabil, lediglich ein Teilnehmer sprang im Laufe des Prozesses ab.

Alle Gruppen haben umsetzbare Ideen für stadt-räumliche Interventionen (sozial / digital / baulich) entwickelt. Mit Unterstützung der Verwaltung konnten einzelne Projekte zeitnah realisiert werden. 51 Prozent der Befragten gaben an, ihr Interesse an der Stadtentwicklung habe sich gesteigert. 87 Prozent würden Salz & Suppe weiterempfehlen oder selbst noch einmal teilnehmen. 95 Prozent wünschten sich mehr derartige Projekte.

BEISPIEL 10

Jugend.Frei.Räume, Frankfurter Nordend

Im Rahmen eines StreetARTfestivals wurde Jugendlichen die Möglichkeit geboten, Streetart direkt im Straßenraum rund um das Jugendhaus auszuleben und ihre Ideen zur Entwicklung des Stadtteils einzubringen. Es fanden Workshops gemeinsam mit bekannten Jugendkünstlern und Stadtplanern zu HipHop-Dance, HipHop-Rap und Graffiti statt. Dabei wurden Potenziale, Mängel und Vorschläge für den jeweiligen Raum herausgearbeitet und teilweise temporär umgesetzt. Anschließend wurden die Ideen in einer dreitägigen „Bauhütte“ mit jugendspezifischer Moderation als Modell umgesetzt.

Projektart:	Jugendprojekt
Beteiligungsformat:	Workshops
Initiator / Durchführung:	Verkehrsdezernat der Stadt Frankfurt am Main, Referat Mobilitäts- und Verkehrsplanung
Laufzeit der Beteiligung:	4 Monate
Zielgruppe:	Jugendliche zwischen 12 und 20 Jahren
Ziel:	Einbezug von Jugendlichen in Stadtteilentwicklung
Ansprache:	Einladungsflyer, Pressemitteilung, Website des Jugendhauses
Ressourcen:	2.000 Euro für Öffentlichkeitsarbeit
Ansprechpartner:	Mona Winkelmann, Stadt Frankfurt am Main – Der Magistrat, Referat Mobilitäts- und Verkehrsplanung, Römerberg 23, 60311 Frankfurt, Tel.: 069 / 212 36166, E-Mail: mona.winkelmann@stadt-frankfurt.de

Ansatz für breite Beteiligung:

Das Projekt „Jugend.Frei.Räume“ suchte nach Ideen und Projekten, die Jugendliche auf besonders innovative Art und Weise in die Entwicklung ihres Stadtteils einbeziehen. Im Mittelpunkt des Projekts standen Alltagswege und das Umfeld von Infrastruktureinrichtungen. Ziel war es, die Jugendlichen für das Thema öffentlicher Raum zu sensibilisieren.

Im Rahmen des vom Jugendhaus regelmäßig durchgeführten streetARTfestivals wurden in der ersten Herbstferienwoche gemeinsam mit Künstlern und Stadtplanern bzw. Designern drei Workshops (HipHop-Dance, HipHop-Rap, Streetart / Graffiti) und ein offenes Angebot (Modellbau) „Jugend.Frei.Räume“ angeboten. Das Festival bot den Jugendlichen

erstmalig die Möglichkeit, Streetart direkt im Straßenraum rund um das Jugendhaus auszuleben und verschiedene Orte als Bühne zu nutzen. Gleichzeitig wurden Potenziale, Mängel und Ideen für den jeweiligen Raum herausgearbeitet. Während des Festivals wurden die Ideen temporär vor Ort umgesetzt bzw. im Modell entwickelt.

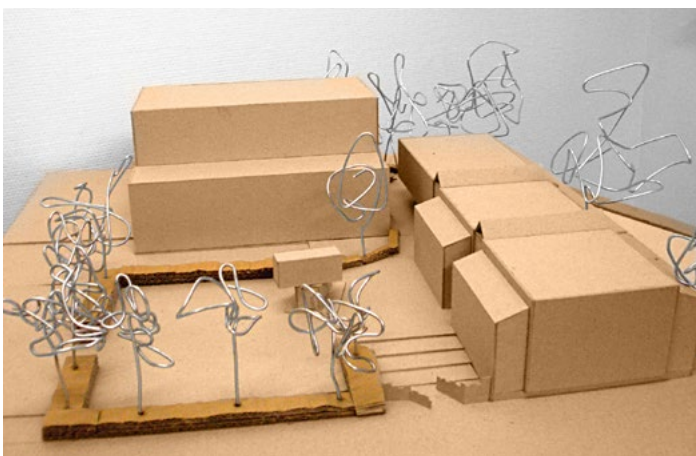
Anreize zur Teilnahme / Überwindung von Beteiligungshemmnissen:

Bei der Beteiligung der Jugendlichen stand das Prinzip der Freiwilligkeit und der offenen Jugendarbeit im Vordergrund. Zur Attraktivität trug eine Veranstaltung zum Thema Musik, Tanz, Graffitikunst bei, an der bekannte Jugendkünstler teilnahmen.

Ergebnisse:

Insgesamt nahmen 40 bis 50 Jugendliche an dem Projekt teil. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer variierten je nach Angebot hinsichtlich Alter, Geschlecht, Anzahl etc. Im offenen Angebot beteiligten sich über beide Nachmittage ca. 20 Jugendliche zwischen zwölf und 20 Jahren, zumeist männlich. Es ist durch die Workshopangebote während des StreetARTfestivals gelungen, neben den regelmäßigen Besuchern des Jugendhauses auch weitere Interessenten aus

den umliegenden Quartieren zu erreichen. Hierbei handelt es sich vor allem um Mädchen im Alter zwischen 14 und 17 Jahren mit Migrationshintergrund. Die aktive Beteiligungsphase des Projekts lief über einen relativ kurzen Zeitraum, mit dem einwöchigen Festival und der anschließenden dreitägigen „Bauhütte“. Bei einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern bestand ein kontinuierliches Interesse am Fortschritt des Projekts. Für andere war es spannend, an den Workshops teilzunehmen, aber dann ließ das Interesse nach.



Fotos: © Stadt Frankfurt am Main



BEISPIEL 11

Demokratieführerschein – der Führerschein zum Mitmischen in deiner Stadt

„Wie kann ich als Jugendliche(r) in meiner Stadt meinen Interessen Gehör verschaffen und in der Kommunalpolitik mitmischen?“ Diese Frage ist der Ausgangspunkt des Konzepts „Demokratieführerschein“, das didaktisch dem Dreischritt „wissen – urteilen – handeln“ folgt. Im Rahmen von sechs Modulen (= 30 Unterrichtseinheiten) erfahren Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren lebensweltnah, wie (Kommunal-) Politik funktioniert. Gleichzeitig findet eine praktische Umsetzung statt, indem die Teilnehmer mithilfe des erworbenen Wissens und unterstützt durch erfahrene Teamer ein selbstgewähltes Projekt verfolgen. Dieses Konzept der außerschulischen politischen Jugendbildung soll junge Menschen dazu befähigen und motivieren, ihre Interessen zu vertreten und sich aktiv in politische Prozesse einzubringen.

Projektart:	Jugendprojekt
Beteiligungsformat:	außerschulische politische Jugendbildung
Entwicklung:	Landesverband der Volkshochschulen von NRW; Landeszentrale für politische Bildung NRW
Durchführung:	Volkshochschulen (VHS)
Laufzeit der Beteiligung:	seit 2008; pro Konzept 30 Unterrichtseinheiten
Zielgruppe:	Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren
Ziel:	Stärkung der Demokratiekompetenz und Erhöhung der Beteiligung von Jugendlichen in der Kommune
Ansprache:	örtliche Presse
Ressourcen:	Hauptamtliche und Kursleiter
Ansprechpartner:	Lisa Freigang, Deutscher Volkshochschul-Verband DVV, Grundsatzreferentin, Obere Wilhelmstraße 32, 53225 Bonn, Tel.: 0228 / 620 947 524, E-Mail: freigang@dvv-vhs.de

Ansatz für breite Beteiligung:

Im Rahmen der VHS-Projekte wählen die beteiligten Jugendlichen selbst ein Anliegen / Projekt, das sie in Angriff nehmen wollen. Beispiele sind die Vorbereitung der Wahlen zum Kinder- und Jugendparlament (VHS Castrop-Rauxel), die Neugestaltung eines Jugendtreffpunkts (VHS Köln), ein Bürgerantrag, um

eine ungelöste Verkehrssituation auf dem Schulweg zu verändern (Essen), die Einrichtung eines kommunalen Jugendausschusses (VHS Höxter-Marienmünster) oder die Einrichtung eines Jugendbüros (VHS Bad Driburg, Brakel, Nieheim und Steinheim).



Foto: © Stadt Gütersloh

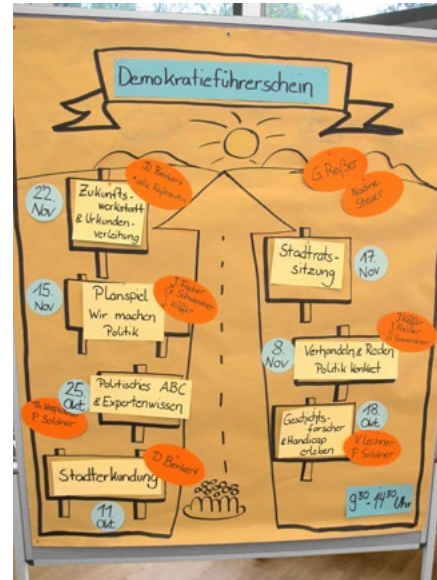


Foto: © VHS Donauwörth

Anreize zur Teilnahme / Überwindung von Beteiligungshemmnissen:

Volkshochschulen führen das Konzept mit kleinen Gruppen von Jugendlichen durch. Dabei kooperieren sie zur Gewinnung der Zielgruppe mit verschiedenen Partnern. Es gab bereits einige Projekte, die insbesondere schwer erreichbare und bildungsbenachteiligte Jugendliche und Jugendliche mit Behinderung eingebunden haben.

Die Erfahrung mit den bereits in den letzten Jahren anhand des Konzepts durchgeführten Projekten zeigt, dass Offenheit für die Ideen der Jugendlichen wichtig ist. Dadurch, dass die Jugendlichen dabei mitreden können, womit sie sich beschäftigen möchten, ist die Eigenverantwortlichkeit und Verbindlichkeit in der Regel hoch. Die Projekte werden oftmals außerhalb der „Kurse“ der VHS weiterverfolgt und nachhaltig durch die Jugendlichen begleitet.

Ergebnisse:

Das Konzept wurde nach der Entwicklung im Jahr 2008 zunächst an fünf Modellstandorten durchgeführt. Unter den Teilnehmern der Modellphase waren 40 Prozent Jugendliche mit Migrationshintergrund. Seitdem wurde das Konzept von Volkshochschulen in vielen verschiedenen Städten und mit ganz unterschiedlichen Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen durchgeführt.



Abbildung: © DVV – Politische Jugendbildung

Sie möchten den **Order „Demokratieführerschein“** bestellen? Füllen Sie einfach die unten stehenden Felder aus und senden Sie diese Postkarte an die rechts angegebene Adresse.

Organisation _____
 Name, Vorname _____
 Anschrift (Straße, Hausnr.) _____
 Anschrift (PLZ, Ort) _____
 E-Mail-Adresse _____
 Unterschrift* _____

* Mit Ihrer Unterschrift erklären Sie sich damit einverstanden, die Versandkosten in Höhe von 6,00 EUR per Rechnung zu bezahlen. Haben Sie noch Fragen? Gerne können Sie uns kontaktieren! Unsere Kontaktdaten finden Sie unter www.politischejugendbildung.de

Bitte ausreichend frankieren

Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.
 Politische Jugendbildung
 Obere Wilhelmstr. 32
 53225 Bonn

BEISPIEL 12

Pimp Your Town! in deiner Stadt

Pimp Your Town! ist das temporäre Pop-up-Jugendparlament, in dem jeweils 120 Jugendliche aller Schulformen in einem Kommunalpolitik-Event mit Politikern zusammenarbeiten, intensiv an ihren eigenen Themen beteiligt werden, die Wirksamkeit parlamentarischer Demokratie erfahren und die Umsetzung ihrer Ideen anschließend selbst begleiten.

Projektart:	Jugendprojekt
Beteiligungsformat:	Jugendparlament
Entwicklung / Durchführung:	Politik zum Anfassen e. V.
Laufzeit der Beteiligung:	Planspiel existiert seit 2008; konkrete Dauer 3 Tage; 10 bis 14 Wochen Vor- und Nachbereitung; bis zu 1 Jahr Umsetzung
Zielgruppe:	Grund- oder weiterführende Schulen
Ziel:	Demokratie lernen
Ansprache:	Pflichtveranstaltung an teilnehmenden Schulen
Ressourcen:	mittlerer fünfstelliger Betrag pro Planspiel
Ansprechpartner:	Gregor Dehmel, Politik zum Anfassen e. V., Königsberger Str. 18, 30916 Isernhagen, www.politikzumanfassen.de , Tel.: 0511 / 37 35 36 30, E-Mail: politik@zumanfassen.de

Ansatz für breite Beteiligung:

Pimp Your Town! ist ein temporäres Pop-up-Jugendparlament, in dem Jugendliche aller Schulformen in einem Kommunalpolitik-Event mit Politikerinnen und Politikern zusammenarbeiten, intensiv an ihren eigenen Themen beteiligt werden und anschließend die Umsetzung ihrer Ideen selbst begleiten.

Anreize zur Teilnahme / Überwindung von Beteiligungshemmnissen:

Den Hemmnissen der Jugendbeteiligung „keine Zeit“ und „kein Interesse“ begegnen wir, indem wir das Projekt zu einer Pflichtveranstaltung der Schulen machen. Damit erreichen wir auch die „Lümmel aus der letzten Bank“, die niemals freiwillig ins Rathaus kommen würden. Durch die Zusammenarbeit Schüler-Politiker schaffen wir eine hohe Identifikation der Politik mit den Ideen der Schüler.



Fotos: © Gregor Dehmel, Politik zum Anfassen e. V.



Ergebnisse:

Jede Kommune setzt bei jedem Planspiel zwischen fünf und zwölf Ideen der Schüler auch wirklich um. Bis dato haben knapp 10.000 Schülerinnen und Schüler und rund 1.000 Kommunalpolitiker an über 60 Planspielen in 35 Kommunen teilgenommen. Dabei erreicht das Planspiel Schüler aller Schulformen von Grundschule über Förderschulen bis hin zu Berufsbildenden Schulen und Gymnasien.

BEISPIEL 13

Landesweiter Bürgerrat zum Asyl- und Flüchtlingswesen in Vorarlberg (Österreich)

Bürgerräte sind im österreichischen Bundesland Vorarlberg ein etabliertes Instrument der partizipativen Demokratie und in der Landesverfassung verankert. Als einer von bislang 33 Bürgerräten folgte der „Landesweite Bürgerrat zum Asyl- und Flüchtlingswesen“ dem Ziel, jenseits politischer Parteien ein brisantes gesellschaftliches Thema zu diskutieren: den Umgang mit der steigenden Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Ergebnis der Bürgerbeteiligung waren konkrete Handlungsvorschläge, die sich an Politik und Verwaltung richteten. Daraus entstand etwa eine zentrale Informationsplattform über Integrationshilfen, Unterbringung und Engagement-Möglichkeiten. Die öffentliche Diskussion sollte über die Beratung der Entscheidungsträger hinaus eine politische Kultur des Miteinanders fördern und gesellschaftlichen Polarisierungen entgegenwirken.

Projektart:	Landesentwicklung
Beteiligungsformat:	Bürgerrat
Initiator:	Landesregierung Vorarlberg
Durchführung:	Büro für Zukunftsfragen der Landesregierung
Laufzeit der Beteiligung:	Februar bis Juli 2015
Zielgruppe:	Gesamtbevölkerung
Ziel:	Beratung der Landesregierung und Entwurf eines Maßnahmenkatalogs zum Umgang mit den aktuellen Entwicklungen im Asyl- und Flüchtlingswesen
Ansprache:	Persönliche Einladung nach Zufallsauswahl aus Melderegister
Ressourcen:	25.000 Euro; Personaleinsatz 600 Stunden im Büro für Zukunftsfragen + 200 Stunden bei weiteren Landesabteilungen
Ansprechpartner:	Büro für Zukunftsfragen, Amt der Vorarlberger Landesregierung, Jahnstraße 13-15, 6900 Bregenz, Tel.: 05574 / 511-20605, E-Mail: zukunftsbuero@vorarlberg.at , www.vorarlberg.at/zukunft

Ansatz für breite Beteiligung:

Die Krisen in vielen Ländern der Welt und die damit verbundenen steigenden Zahlen an Flüchtlingen und Asylsuchenden stellen viele Regierungen, Verwaltungen und Organisationen vor große Herausfor-

derungen. Aber auch die Bevölkerung ist teilweise verunsichert und überfordert. Der Umgang mit der Asylpolitik ist daher eines der derzeit brisantesten gesellschaftlichen Themen. Der Bürgerrat sollte zusammentragen, was die Menschen in Vorarlberg zum Thema Asyl- und Flüchtlingspolitik wirklich



Foto: © Mario Wezel

bewegt und wo sie wichtige Herausforderungen sehen. Aus der Auseinandersetzung mit dem Asyl- und Flüchtlingswesen auf breiter Basis sollte der Bürgerrat Anregungen ableiten für eine zukunftsweisende Asyl- und Flüchtlingspolitik. Damit wollte die Landesregierung eine Möglichkeit schaffen, sich zu diesen wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen eine qualifizierte Meinung zu bilden (politische Bildung) und sich gemeinsam und konstruktiv mit Lösungen zu solchen Fragen zu beschäftigen.

Anreize zur Teilnahme / Überwindung von Beteiligungshemmnissen:

Das Büro für Zukunftsfragen plante den Beteiligungsprozess unter Einbindung der fachlich relevanten Organisationen und Akteure (Büro Landeshauptmann, die Abteilungen Inneres & Sicherheit sowie Gesellschaft & Soziales, Vorarlberger Gemeindevorstand, Caritas, Fachstelle Okay Zusammenleben u. a.). 23 von 640 Personen, die nach dem Zufallsprinzip aus dem Melderegister unter Beachtung der Diversität ausgewählt worden waren, folgten der Einladung zum landesweiten Bürgerrat und diskutierten eineinhalb Tagen die Fragen: „Was brauchen wir, um gut mit der Entwicklung im Asyl- und Flüchtlingswesen umzugehen? Was können wir von den Asylwerbern in dieser Hinsicht erwarten?“

In zwei öffentlichen Bürgercafés mit rund 150 Teilnehmern und unter Anwesenheit der politischen zuständigen Vertreter (Landeshauptmann und Landesräte) präsentierte der Bürgerrat seine Ergebnisse und stellte sie zur öffentlichen Diskussion. Im Bürgercafé wurden die Anwesenden ebenfalls über aktuelle Zahlen und politische Strategien informiert und hatten die Möglichkeit, ihre Meinungen und Lösungsvorschläge einzubringen (World-Café-Methode). In der anschließenden Resonanzgruppe wurden die Ergebnisse aus Bürgerrat und Bürgercafé verdichtet und ein Maßnahmenkatalog abgeleitet.

Ergebnisse:

Dieser Maßnahmenkatalog wurde zur weiteren Bearbeitung an die Landesregierung bzw. an den Vorarlberger Landtag weitergeleitet. Im Juli beschloss die Landesregierung den Bürgerratsbericht, behandelte die Ergebnisse und leitete den Bericht an den Landtag, die Gemeinden und die zuständigen Fachabteilungen weiter. Der Gesamtprozess wurde in Form eines Magazins dokumentiert und veröffentlicht. Neben einer sehr konstruktiven Diskussionskultur, dem ermutigenden Appell des Bürgerrats („Wir können das schaffen!“) und konkreten Handlungsvorschlägen führte der Beteiligungsprozess auch zu einer besseren ressortübergreifenden Abstimmung unter den Akteuren. Die Landesregierung informierte in der Folge kontinuierlich über die Umsetzungen der Handlungsvorschläge.

Literatur und Links

Quellen

- Allianz Vielfältige Demokratie und Bertelsmann Stiftung (2017a). *Bürgerbeteiligung per Zufallsauswahl. Das Zufallsprinzip als Garant einer vielfältigen demokratischen Beteiligung: ein Leitfaden für die Praxis*. www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/buergerbeteiligung-mit-zufallsauswahl/.
- Allianz Vielfältige Demokratie und Bertelsmann Stiftung (2017b). *Qualität von Bürgerbeteiligung. Zehn Grundsätze mit Leitfragen und Empfehlungen*. Gütersloh. www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/qualitaet-von-buergerbeteiligung.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2014). *Partizipation im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden*. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2013). *Bürger beteiligen! Strategien, Praxistipps und Erfolgsfaktoren für eine neue Beteiligungskultur in Behörden*. Gütersloh.
- Freie und Hansestadt Hamburg (2014). *Leitfaden zur Beteiligung in der Integrierten Stadtteilentwicklung*. Hamburg.
- Gabriel, Oscar. W. (2016). „Breite Beteiligung und Dialogverfahren“. Exposé im Rahmen der Allianz Vielfältige Demokratie. Gütersloh.
- Gohde-Ahrens, Rixa (2016). „Breite Beteiligung aus Praxissicht“. Impulspapier im Rahmen der Allianz Vielfältige Demokratie. Lawaetz-Stiftung. Hamburg.
- Kuder, Thomas (2016). *Auswertung der sinus / vhw-Trendstudie 2015 zum Thema Bürgerbeteiligung im Rahmen der Allianz Vielfältige Demokratie*. Berlin.
- Rohr, Jascha, Hanna Ehlert, Benjamin Möller, Sonja Hörster und Marie Hoppe (2017). *Impulse zur Bürgerbeteiligung vor allem unter Inklusionsaspekten – empirische Befragungen, dialogische Auswertungen, Synthese praxistauglicher Empfehlungen zu Beteiligungsprozessen*. Studie des Instituts für Partizipatives Gestalten im Auftrag des Umweltbundesamtes. 36/2017. Dessau-Roßlau. www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2017-05-08_texte_36-2017_impulse-buergerbeteiligung_0.pdf.
- Schmettow, Petra (2014). *Zugang zu stillen Gruppen in Beteiligungsprozessen – Erfahrungen, Herausforderungen und Möglichkeiten*. Diskurspapier der Initiative Allianz für Beteiligung e. V. Stuttgart. http://allianz-fuer-beteiligung.de/fileadmin/Dokumente/Diskurspapiere/Diskurspapier_Stille_Groupen.pdf.
- Verein Deutscher Ingenieure e. V. (2014). *VDI-Richtlinie 7001 – Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planung und Bau von Infrastrukturprojekten*. Berlin.
- Vorwerk, Volker, und Maria Gonççalves (2014). „Was heißt breite Beteiligung? Wie wird sie erreicht?“. Synopse im Rahmen der Allianz Vielfältige Demokratie. Bielefeld.
- Walther, Bettina (2017). „Soziale Selektivität in der Bürgerbeteiligung“. *BBlog-Beitrag* 31.7.2017. Berlin Institut für Partizipation. Berlin. www.bipar.de/soziale-selektivitaet-in-der-buergerbeteiligung/.

Links zu Online-Literatur und Informationsportalen

Online erhältliche Literatur zur Bürgerbeteiligung

- Arbter, Kerstin (2012). *Praxisbuch Partizipation. Gemeinsam die Stadt entwickeln*. Wien. www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008273.pdf.
- Bock, Stephanie, und Bettina Reimann (2017) *Beteiligungsverfahren bei umweltrelevanten Vorhaben*. Berlin. www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Forschungsdatenbank/fkz_3714_16_104_umweltrelevante_beteiligung_bf.pdf.
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2017). *Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung. Planung von Großvorhaben im Verkehrssektor*. Berlin. www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/G/handbuch-buergerbeteiligung.pdf?__blob=publicationFile.

Initiative Allianz für Beteiligung e. V. (Hrsg.) (2016). *Neuland gestalten! Praxishandbuch: Methoden und Praxisbeispiele für Bürgerbeteiligung in kleinen Städten und Gemeinden*. Stuttgart. www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/thementteams/laendlicher_raum/AfB-Methodenhandbuch_WEB.pdf.

Nanz, Patrizia, und Miriam Fritsche (2012). *Handbuch Bürgerbeteiligung*. Bonn. www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Handbuch_Buergerbeteiligung.pdf.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (2012). . Berlin. www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/download/Handbuch_Partizipation.pdf,

Stadt Mannheim (2012). *Mannheim gemeinsam gestalten. Bürgerbeteiligung*. www.mannheim.de/sites/default/files/page/2616/p_09_handreichung_buergerbeteiligung.pdf.

Internet-Quellen zur Bürgerbeteiligung

Allianz für Beteiligung – <http://allianz-fuer-beteiligung.de>

Berlin Institut für Partizipation – www.bipar.de

Beteiligungskompass – www.beteiligungskompass.org

Beteiligungsleinwand – www.gut-beteiligt.de

Beteiligungslotse – www.beteiligungslotse.de

Beteiligungsportal – <https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

Netzwerk Bürgerbeteiligung – www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/

partizipendium.de – Der Bürgerbeteiligungsblog – <http://partizipendium.de>

Stiftung Mitarbeit – www.mitarbeit.de

Wegweiser Bürgergesellschaft – www.buergergesellschaft.de/

Übersichten möglicher Beteiligungsformate

Berlin Institut für Partizipation: Methodendatenbank – www.bipar.de/category/methoden/

Bertelsmann Stiftung: Beteiligungskompass – www.beteiligungskompass.org

BW21 – Bildungs- und Wissensportal Baden-Württemberg: Modelle, Instrumente und Methoden der informellen Bürgerbeteiligung – www.bw21.de/Bildung21_Aktuell/Managementwissen/Buerger_beteiligen/Seiten/Modelle,-Instrumente-und-Methoden-der-informellen-B%C3%BCrgerbeteiligung.aspx

Wegweiser Bürgergesellschaft: Methoden und Verfahren von A bis Z – www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/methoden-verfahren-von-a-bis-z/

Alle Links wurden am 12.12.2017 überprüft.



Allianz Vielfältige Demokratie und Bertelsmann Stiftung (2017a). *Bürgerbeteiligung per Zufallsauswahl. Das Zufallsprinzip als Garant einer vielfältigen demokratischen Beteiligung: ein Leitfaden für die Praxis*. www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/buergerbeteiligung-mit-zufallsauswahl/.

Allianz Vielfältige Demokratie und Bertelsmann Stiftung (2017b). *Qualität von Bürgerbeteiligung. Zehn Grundsätze mit Leitfragen und Empfehlungen*. Gütersloh. www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/qualitaet-von-buergerbeteiligung.

Die Mitglieder der „Allianz Vielfältige Demokratie“

Moritz	Ader	OECD, Paris
Dr. Rolf	Alter	OECD, Paris
Professor Dr. Jürgen	Aring	vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Berlin
Marcel	Atoui	SPD Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Elisabeth	Baden-Prahl	Landeshauptstadt Hannover
Frauke	Bathe	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Berlin
Michaela	Bonan	Stadt Dortmund
Christiane	Boschin-Heinz	Stadt Paderborn
Dr. Volker M.	Brennecke	Verein Deutscher Ingenieure e. V., Düsseldorf
Dr. Alexandra	Bürger	Bayerische Staatskanzlei, München
Albertus L.	Bujard	Mitglied im Arbeitskreis Bürgerbeteiligung der Stadt Heidelberg
Marita	Bussieweke	Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Rainer	Carius	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart
Dr. Susanne	Cassel	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin
Christoph	Charlier	Abteilungsleiter a. D., Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Mainz
Gregor	Dehmel	Politik zum Anfassen e. V., Isernhagen
Dr. Christine	Dörner	Führungsakademie des Landes Baden-Württemberg, Karlsruhe
Almuth	Draeger	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Karin	Druba	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus Schleswig-Holstein, Kiel
Anne	Dwertmann	Jugendbildungsstätte Bremen LidiceHaus GmbH
Ute	Ehren	Stadt Detmold
Roland	Eichmann	Bürgermeister der Stadt Friedberg
Martina	Eick	Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau
Gisela	Erler	Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Ronald	Fahje	Parlamentwatch e. V., Hamburg
Norbert	Feith	Oberbürgermeister a. D. Solingen
Wolfgang	Feldwisch	Leiter Großprojekte a. D., DB Netz AG, Berlin
Dr. Björn	Fleischer	Open.NRW Geschäftsstelle, Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Ines	Franke	Stadt Freiburg
Lisa	Freigang	Deutscher Volkshochschul-Verband e. V., Bonn
Dr. Miriam	Freudenberger	Initiative Allianz für Beteiligung e. V., Stuttgart
Dr. Klaus	Freytag	Ministerium für Wirtschaft und Energie, Potsdam
Dr. Raban Daniel	Fuhrmann	Procedere Verbund, Konstanz
André	Gerling	Stadt Minden
Dr. Heribert	Gisch	Kommunalspolitische Vereinigung von CDU und CSU, Deutschlands, Nohfelden
Ruth	Glörfeld	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Sandra	Gretschel	Stadt Regensburg
Dr. Markus	Grünewald	Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg, Potsdam
Franz-Reinhard	Habbel	Deutscher Städte- und Gemeindebund, Berlin
Gerald	Häfner	Ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlamentes, Vorstand Democracy International e. V., Dornach

Joachim	Hahn	Stadt Heidelberg
Thomas	Haigis	Stadt Filderstadt
Bernd	Hallenberg	vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. Bundesgeschäftsstelle, Berlin
Monika	Hanisch	Stadt Essen
Birger	Hartnuß	Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Mainz
Dr. Klaus-Peter	Heinrich	Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg, Potsdam
Michael	Heinze	Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Dr. Kurt	Herzberg	Der Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen, Erfurt
Ralph	Hiltrop	Stadt Witten
Anna	Hogeback	Landeshauptstadt München
Fredi	Holz	Sächsische Staatskanzlei, Dresden
Marie	Hoppe	Bremer Netzwerk Bürgerbeteiligung, Bürgerstiftung Bremen
Dr. Thomas	Huber	Bayerische Staatskanzlei, München
Dr. Jochen	Hucke	BeGeno16 – Baugenossenschaft „Besser Genossenschaftlich Wohnen von 2016“ eG, Berlin
Dr. Christian	Huesmann	Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Dr. Silke	Jansen	LANXESS AG, Köln
Frauke	Janßen	Bundes-SGK / Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Berlin
Dr. Christoph	Jessen	Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung, Kiel-Molfsee
Frank	Jessen	Integralis e. V., Duisburg
Imke	Jung-Kroh	Stadt Darmstadt
Stefan	Kämper	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Bonn
Eberhard	Kanski	Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e. V., Düsseldorf
Dr. Susanna	Kahlefeld	Abgeordnetenhaus von Berlin
Antje	Kapek	Abgeordnetenhaus von Berlin
Roswitha	Keicher	Stadt Heilbronn
Werner	Keil	KÖLN MITGESTALTEN – Netzwerk für Beteiligungskultur, Köln
Wolfgang	Klameth	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
Dr. Katja	Klee	Gemeinde Weyarn
Dr. Ansgar	Klein	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin
Wolfgang	Klenk	Breuninger Stiftung GmbH, Stuttgart
Jens	Kronsbein	Bezirksregierung Detmold
Dr. Thomas	Kuder	vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. Bundesgeschäftsstelle, Berlin
Manuel	Kühn	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Berlin
Dirk	Lahmann	Stadt Bonn
Dagmar	Langguth	Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Hannover
Ralf	Laumer	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Dieter	Lehmann	Stadt Schwäbisch Gmünd
Dr. Thomas	Letz	Senatskanzlei Berlin
Claudius B.	Lieven	Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Hamburg
Toni	Loosen-Bach	Stadt Trier
Meike	Lücke	Landkreis Wesermarsch, Regionalmanagement „Wesermarsch in Bewegung“, Brake

Anja	Lutz	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Dr. Dennis	Maelzer	Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen, Detmold
Dr. Dirk	Manthey	50Hertz Transmission GmbH, Berlin
Andreas	Matthes	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Berlin
Dr. Siegfried	Mauch	Bereichsleiter a. D., Führungsakademie Baden-Württemberg, Stuttgart
Christoph	Meineke	Bürgermeister der Gemeinde Wennigsen / Deister
Nikolaj	Midasch	Landesjugendring Baden-Württemberg e. V., Stuttgart
Renate	Mitterhuber	Bundesministerium des Innern, Berlin
Heinz-Martin	Muhle	Stadt Hamm
Martin	Müller	Städtetag Baden-Württemberg, Stuttgart
Dr. Michael	Münnich	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Peter	Myrczik	Stadt Mannheim
Monika	Nickles	Stadt Erlangen
Claudine	Nierth	Mehr Demokratie e. V., Raa Besenbek
Dr. Asiye	Öztürk	Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
Monika	Ollig	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Hanna	Ossowski	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Gelsenkirchen
Michael	Paak	Stadt Sindelfingen
Dr. Andreas	Paust	Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Claudia	Peschen	Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH, Bonn
Timo	Peters	Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Professor Dr. Uwe	Pfenning	Lehrstuhl für Umwelt- und Techniksoziologie der Universität Stuttgart
Michaela	Piltz	Stadt Freiburg
Dieter	Posch	Staatsminister a. D., Hessen
Karin	Prien	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
Dr. Werner	Reh	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND), Berlin
Fabian	Reidinger	Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Dr. Bettina	Reimann	Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
Anna	Renkamp	Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Thomas	Richert	Stellvertreter der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten, Landtag Schleswig-Holstein, Kiel
Stefan	Richter	Stiftung Zukunft Berlin
Michael	Sack	Bürgermeister der Stadt Loitz
Michael	Schell	Stadt Wiehl
Daniel	Schily	Democracy International e. V., Köln
Robert	Schleider	Stadt Halle (Saale)
Rolf	Schmidt	Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Hannover
Michael	Schneider	Stadt Mühlheim am Main
Saskia	Schnell	Flughafen München GmbH
Michael	Schubek	FNP-Ausschuss Stadt Bergisch Gladbach
Anne	Schubert	Stadt Zella-Mehlis
Dr. Lilian	Schwalb	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin
Dr. Christiane	Schwarte	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Stephan	Siegert	Femern A/S, Kopenhagen
Hanns-Jörg	Sippel	Stiftung MITARBEIT, Bonn
Susanne	Socher	Mehr Demokratie e. V., München
Dr. Rainer	Sprengel	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin

Dr. Imke	Steinmeyer	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin
Dr. Manfred	Sternberg	Bundes-SGK / Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Berlin
Marius	Strecker	TenneT TSO GmbH, Bayreuth
Petra	Türke	Stadt Wolfsburg
Frank Ulmer	Ulmer	Im Auftrag der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart
Martina	van Almsick	Bundesministerium des Innern, Berlin
Carola	Veit	Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, Hamburg
Dr. Antoine	Vergne	Missions Publiques, Paris
Bernd	Villwock	Sprecher des Steuerungsgremiums, Gemeinde Weyarn
Ernst	Weidl	Gemeinderat Weyarn
Dr. Oliver	Weigel	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Hannes	Wezel	Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Annette	Wiese-Krukowska	Landeshauptstadt Kiel
Volker	Wilke	GAR / Kommunalpolitische Vereinigung GRÜNE ALTERNATIVE in den Räten NRW, Düsseldorf
Dr. Winfried	Wilkens	Landkreis Osnabrück
Mona	Winkelmann	Stadt Frankfurt am Main
Katrin	Wolter	Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser, Hildesheim
Evelyn	Wurm	Stadt Solingen
Frank	Zimmermann	Stadt Heidelberg

Impressum

© Dezember 2017
Allianz Vielfältige Demokratie

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich
Anna Renkamp

Autor
Dr. Thomas Orthmann, Annuntio

Redaktion
André Zimmermann
Marita Bussieweke

Mitwirkung
Michaela Bonan
Dr. Alexandra Bürger
Gregor Dehmel
Lisa Freigang
Thomas Haigis
Monika Hanisch
Ralph Hiltrop
Dr. Christian Huesmann
Frank Jessen
Imke Jung-Kroh
Dr. Thomas Kuder
Claudius B. Lieven
Dr. Dennis Maelzer, MdL
Heinz-Martin Muhle
Michael Paak
Anna Renkamp
Stephan Siegert
Hannes Wezel
Volker Wilke
Mona Winkelmann

Lektorat
Sibylle Reiter

Der Text dieser Publikation ist urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>



Die eingebundenen Grafiken, das Titelfoto, Fotos, Bilder, Illustrationen sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

Bildnachweise
Shutterstock / oneinchpunch (S. 1)
Thomas Kunsch (S. 2)
Shutterstock / sebra (S. 23)
Shutterstock / pogonici (S. 27)

Grafikdesign
Markus Diekmann, Bielefeld

Druck
Hans Gieselmann Druck und Medienhaus GmbH & Co. KG

Wer ist die „Allianz Vielfältige Demokratie?“

Die „Allianz Vielfältige Demokratie“ ist ein Netzwerk aus 120 Vordenkern und Praktikern aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Sie wurde von der Bertelsmann Stiftung initiiert und am 1. Oktober 2015 gegründet. Die Allianz will die Bürgerbeteiligung stärken und einen Beitrag zu einem konstruktiven Zusammenwirken von dialogischer, direkter und repräsentativer Beteiligung leisten. Sie setzt sich für inklusive und breite Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen ein, um der sozialen Spaltung unserer Demokratie entgegenzuwirken.

Die Akteure aus Bund, Ländern und Kommunen arbeiten zusammen an der Gestaltung der vielfältigen Demokratie. Sie bringen hierfür ihre persönlichen Erfahrungen und ihre Expertise ein. Sie entwickeln, erproben und implementieren konkrete Lösungen für die demokratische Praxis.

Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Anna Renkamp
Telefon: +49 5241 81-81145
anna.renkamp@bertelsmann-stiftung.de



www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse

Koordination
„Allianz Vielfältige Demokratie“

Berlin Institut für Partizipation | bipar
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Telefon: +49 30 120 826 13
www.bipar.de
kontakt@bipar.de

